

Christ und Sozialist

Blätter der Gemeinschaft
für Christentum und Sozialismus
Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.

1./I. Vierteljahr 1980

Inhalt

Jürgen Finner:
Biblische Besinnung

Günter Ewald:
Zwischen Alternative und Anpassung.
Trauer und Hoffnung in der sozialistischen Studentenbewegung

Helmut Gollwitzer:
Warum bin ich als Christ Sozialist?

Friedel Geisler:
Therapie statt Knast. Das politische Problem der Drogenabhängigkeit.

Arbeitsgemeinschaft Solidarische Kirche:
Protest gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen

Buchbesprechungen

Wilhelmine Siefkes: Erinnerungen (S. Katterle)
Hans-Jürgen Goertz (Hg.): Radikale Reformatoren (J. Harder)
E. Hegel, R. Stupperich, B. Brillling: Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Provinz Westfalen (H. Röhr)

Bundesnachrichten

Bericht über die Tagung in Weißenburg (J. Finner)
Mitgliederversammlung und Jahrestagung 1980
Ost-West-Tagung mit der Evangelischen Akademie Berlin
Prozeß mit H. Schleich durch Vergleich beendet

Leserbriefe

Autoren dieses Heftes

Herausgegeben vom Geschäftsführenden Präsidium der Gemeinschaft für Christentum und Sozialismus, Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.:
Günter Ewald, Jürgen Finner, Siegfried Katterle

Redaktion: Günter Ewald, Jürgen Finner, Gerrit Funke, Reinhard Gaede,
Walter Grudszus, Siegfried Katterle (verantw.), Heinz Röhr, Bruno Schmidt.
Redaktionsadresse: Siegfried Katterle, Eisenstraße 6, 4800 Bielefeld 14,
Telefon 0521 / 45870.

Versand: Jürgen Finner, Jakob-Kaiser-Straße 4a, 4800 Bielefeld 1, Telefon 0521/100937
Bezugspreis jährlich DM 15,- zuzüglich Versandkosten.
Zahlungen an Gemeinschaft für Christentum und Sozialismus, Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V., Postscheckkonto Dortmund 1 893 89-464
Erscheint vierteljährlich.

ISSN 0344 - 435 X

Jürgen Finner

BIBLISCHE BESINNUNG *)

Alle, die zum Glauben gekommen waren, taten ihren ganzen Besitz zusammen. Wenn sie etwas brauchten, verkauften sie Grundstücke und Wertgegenstände und verteilten den Erlös unter die Bedürftigen. Täglich versammelten sie sich im Tempel, und in ihren Häusern feierten sie in unbekümmerter Freude das gemeinsame Mahl. Sie lobten Gott und waren überall gern gesehen. Der Herr führte ihnen jeden Tag Menschen zu, die er retten wollte.

Apostelgeschichte 2, 44-47

Unmittelbar nach dem Kirchentag brachte mir die Post die ersten Anmeldungen zur Tagung des Bundes der Religiösen Sozialisten in Weißenburg ins Haus: ein Ehepaar. Ich war sehr erfreut darüber, zeigte sich doch darin ein großes Interesse an unserer Tagung und an dem Thema. Aber als es dann daran ging, diese Anmeldung verbindlich zu machen mit DM 30,--, da kamen die Nachfragen: Um welche Alternativen es sich denn handele, wollte man wissen - und worum es denn eigentlich ginge, ob diese Alternativen echte Alternativen seien, d. h. ob sie wirklich unabhängig arbeiteten von den Großsystemen dieser Zeit, oder ob sie doch wieder teilweise integriert wären, indem die Mitglieder der Wohngemeinschaften oder dieser Alternativen auf Lohn und Arbeit außerhalb angewiesen wären. Als ich die Frage nach der teilweisen Einbindung bejahte, wurde die Anmeldung rückgängig gemacht. So könne man heute nicht von Alternativen reden, hieß es. Alternativen seien eben nur solche Bewegungen, die sich vollkommen unabhängig machten von den derzeitigen Großsystemen und den politischen Verhältnissen, und die so eine vollkommen unabhängige Entwicklung ihrer eigenen Strukturen vorantreiben könnten, um zu etwas völlig Neuem zu gelangen.

Der Text der Apostelgeschichte scheint auf den ersten Blick eine solche Entwicklung zu meinen. Denn was wir da hören, scheint etwas ganz Ungewöhnliches: Sie verkauften Grundstücke und Wertgegenstände und verteilten den Erlös

*) gehalten auf der Jahrestagung des Bundes der Religiösen Sozialisten in Weißenburg am 22.9.1979 (siehe den Bericht über die Tagung in diesem Heft)

unter die Bedürftigen; sie versammelten sich täglich und taten ihren ganzen Besitz zusammen. Aber erst im Vergleich mit anderen Bewegungen der damaligen Zeit können wir uns ein zutreffendes Urteil bilden. Vergleichen müssen wir die junge Gemeinde mit der Gemeinde von Qumran. Beide verstehen sich als das Gottesvolk der Endzeit, als die Armen, die Heiligen, denen die Verheißungen der Schrift gelten. Aber die Gemeinde von Qumran war nicht in Jerusalem oder in anderen Städten und Dörfern geblieben. Sie zog aus. Ihrem Führer schien es so, daß nur in der Wüste die Gebote Gottes wirklich gelebt werden können. Deshalb zog er mit seinen Anhängern an das Tote Meer, lebte dort in Höhlen, errichtete Gemeinschaftshäuser und Bewässerungsanlagen, damit die Gemeinde autark wurde durch eine kleine Landwirtschaft. Hier ließ sich das Leben so regeln, wie es die Ordensregel gebot. Anders als die Pharisäer. Sie waren bestrebt, das Gesetz so auszulegen, daß seine Bestimmungen den Lebensbedingungen des Alltags angepaßt wurden. Anstelle der totalen Lebensgemeinschaft trat bei ihnen die gemeinsame Mahlzeit, denn so konnten sie besser das Gebot der Reinheit einhalten.

Die junge Gemeinde teilte zwar mit den Qumran-Leuten das Endzeitbewußtsein, aber mit den Pharisäern verband sie, daß sie in den Städten blieben, daß sie unter den Leuten lebten und daß eine sehr wichtige Verbindung die Mahlgemeinschaft war. Diese Nähe zu den Pharisäern mag ein Grund dafür gewesen sein, daß die Gemeinde sich später so schwer tat mit ihnen, daß sie Pharisäer nur noch mit Verachtung nannte; und doch müssen wir heute sagen, daß die frühe Gemeinde es mit den Pharisäern gehalten hat, jedenfalls was ihre Gemeinschafts- und Gemeindebildung anging. Sie ist nicht ganz ausgezogen aus der Gesellschaft, sondern in ihr geblieben. Trotzdem hat sie sich bemüht, sich nicht nach dem Schema dieser Welt zu richten, sondern ihre eigenen Strukturen und Formen des Zusammenlebens zu entwickeln und zu verwirklichen.

Freilich wurde diese Entwicklung ganz wesentlich davon beeinträchtigt, daß die junge Gemeinde glaubte, die Wiederkunft des Herrn stünde täglich bevor. So ging es zunächst gar nicht darum, eine Lebensgemeinschaft auf lange Zeit zu gründen. Es ging nur darum, die Zeit bis zur Wiederkunft des Herrn zu überbrücken. Deswegen wurde die Habe verkauft, soweit es notwendig war, um die Armen der Gemeinde mit zu versorgen. Deswegen spielte es für Paulus zunächst keine Rolle, ob jemand Sklave war und blieb, auch wenn er und sein Herr sich zu Christus bekehrten. Nein, es lohnte nicht, Regeln für ein Zusammenleben der jungen Gemeinde in der Welt zu entwickeln, das sich an der Liebe Gottes orien-

tierte und z. B. die Herrschaft von Menschen über Menschen vermindert und endlich verhindert. Die Zeit bis zur Wiederkunft des Herrn war knapp bemessen und mußte genutzt werden für die Mission, um möglichst viele Menschen vor dem Verderben zu retten. Alles andere trat dagegen in den Hintergrund.

Nun - die Wiederkunft des Herrn blieb aus und ist ausgeblieben bis auf den heutigen Tag. Die Gemeinde und ihre Strukturen waren auf eine derart lange Zeit nicht eingezehrt. Die Güter der reichen Glieder waren bald aufgezehrt. So ist die Gemeinde zu Kompromissen genötigt worden im Laufe der Zeit und hatte kaum etwas dagegensetzen. Aber Grundlage und Motiv sind geblieben, getragen durch die lange Zeit der Kirchengeschichte im Mönchtum und anderen Bewegungen und sind heute wieder neu durch Alternativen, die auch an diesem Wochenende vertreten sind. Ich möchte es einmal provokativ sagen: Wir haben uns bewußt mit der jungen Gemeinde auf den Weg der Pharisäer begeben. Wir möchten nicht völlig ausziehen aus der Gesellschaft, aber doch soweit Distanz aufbauen, daß wir Neues entwickeln können, das seinerseits Rückwirkungen hat auf die Gesellschaft, in der wir leben. Ich wünsche uns an diesem Wochenende, daß die in dem Text beschriebene Gemeinschaft der Gläubig gewordenen ein Stück weit unter uns verwirklicht wird, daß sie Impulse erhält und weiterentwickelt wird und daß die vorhandenen Zellen sich ausbreiten und vermehren.

Günter Ewald

ZWISCHEN ALTERNATIVE UND ANPASSUNG - TRAUER UND HOFFNUNG IN DER SOZIALISTISCHEN STUDENTEN- BEWEGUNG*)

Es war vor etwa 12 Jahren, als an den Hochschulen jene Auseinandersetzung losbrach, die in Presseorganen meist als linke Krawallmacherei, kommunistischer Umtrieb, Zerstörungswut und fanatische Ideologisierung dargestellt

*) Vortrag bei der Evangelischen Studentengemeinde Hannover am 3.11.1979

wurde. Diejenigen, die in ihr standen, erlebten sie dagegen als Aufbruch in Neuland, Hoffnung auf die große Veränderung, Abbau einer technokratischen Hochschulwirtschaft und antiquierten Ordinarienuniversität, als Erneuerung der Wissenschaft, des Studiums, der Kultur und schließlich der Gesellschaft.

Einen großen Rückschlag erhielt das so erwachte Leben mit dem Karlsruher Urteil von 1973 zum niedersächsischen Vorschaltgesetz eines Hochschulgesetzes, das die Hochschullehrerherrschaft wieder kraft Gesetz garantierte. Die Träume nach vorwärts waren ausgeträumt, die Hoffnungen zerbrochen. - So sahen es die einen. Endlich wieder Ruhe und Ordnung, Rückkehr der Vernunft und normales Leben. - So sahen es die anderen. Und bald redeten dieselben Presseorgane, die die Krawalle verdammt, mit zynischem Bedauern: Studenten haben nur noch Scheine und Examina im Kopf, sie sehen nicht mehr nach links und nach rechts, sind angepaßt, interesselos, stumpf und karrierehungrig.

So stehen wir 1979 in einer von Friedhofsruhe gelähmten Hochschullandschaft. Mancher konservative Kollege träumt rückwärts: damals war es doch interessanter. Die Studenten waren wenigstens motiviert. Sie wollten etwas und stellten Fragen, wenn auch nicht immer auf bequeme Weise.

Bemerkenswert sind Versuche von Beteiligten, ihre Ergebnisse jener Zeit aufzuarbeiten, besonders von solchen, die die Anfänge der Studentenbewegung noch als Schüler miterlebt haben.

Gurus von gestern

So legte vor einigen Tagen ein junger Schriftsteller, Peter Roos, in einer Radiosendung "33 Entwürfe zur Trauerarbeit" vor, einen autobiographischen Essay mit dem Haupttitel "Jahrgang 50" *). Er, der jetzt ein Auto mit 80 PS fährt, wenn auch ein gebrauchtes, und einen Anzug trägt, wenn auch einen billigen, erinnert sich an die erste Demonstration in Tübingen, bei der er mitgelaufen ist, denkt an Bloch und "die Hoffnungen, die Hoffnungen". Er erzählt, "wie wir versucht haben, die Geschichte der Geschehen, der Gedanken, der Gemälde gegen den Strich zu bürsten, aus ihr herauszulocken, was uns lockenswert

*) Inzwischen abgedruckt im "Spiegel" 1/2 1980, S. 133 ff.

schien ..., was unser Leben lebenswerter zu machen schien".

Und über die Referate sagte er: "Was haben wir für Referate geschrieben. Revolutionäre Referate, in denen kein Wort von uns vorkam ... Wir hatten unsere Personen ausgeknipst wie Nachttischlampen. Es ging um die Objektivität, und wenn es um die Objektivität ging, hatten Menschen nichts zu suchen. Wir waren Gläubige der Wissenschaft und glaubten an den wissenschaftlichen Sozialismus. Wissenschaft war objektiv und Sozialismus noch viel objektiver."

Und doch fügt er hinzu: "Was mache ich nur mit den alten Träumen, den überschießenden Wünschen, mit den Liebesbriefen und Tagebüchern? ... Unter der Revolution hatte ich mir etwas mit Liebe vorgestellt. Vor der Revolution sollte auch meine Mutter keine Angst zu haben brauchen ... In meinem Revolutionsbild gab es keinen Stalin, keinen KGB. Blumen, einen See, Menschen auf einer grünen Wiese, federballspielend, essend, plaudernd, einen Bauer lachend auf einem Traktor, ein Arbeiter pfeifend auf der Werkbank, der Mann hinter dem Schreibtisch mit dem frischen Blick nach vorn."

Roos rechnet ab mit den Gurus von gestern, mit Enzensberger, der heute fürs bundesdeutsche Fernsehen mit weißem Sombrero durch italienische Hafenstraßen läuft, mit Reinhard Lettau, der über die Unvermeidlichkeit einer Revolution schrieb und heute nur noch Revolutionen um ein Komma entfacht.

Und gleichzeitig sieht sich Peter Roos ins Fettpolster um die Hüften und auf die 30 zutreiben, ein Alter, von dem an er sich eigentlich selbst nicht mehr trauen dürfte.

Resignation? Anpassung? Abkehr von der Jugendschwärmerei wie bei den gehaßten Eltern?

Am Strand von Tunix

Ein anderes Beispiel. Im Januar vorigen Jahres luden einige Ehemalige der Studentenbewegung zu einem "Treffen in Tunix" ein. 20.000 trafen sich in Westberlin; Spontis, Mescaleros, "Stadtindianer", Unzufriedene, Frustierte. Sie lagerten am imaginären Strand von Tunix, von dem es hieß: "Da bauen wir unsere eigenen Hütten". Oder: "... das wollen wir doch mal sehen, ob wir nicht jetzt schon - oder immer noch? - da sind, ob wir nicht jetzt schon viele sind, die genug haben von allem, von den öden Asphalt-Beton-Wüsten der Neubauviertel, von der waffenstrotzenden Präsenz und Gewalt des Polizeiapparates und

davon, daß sie unsere Träume zerstören mit Peter Stuyvesant und Springers Bild und ihren immer gleichen Fernsehshows, von der Coca-Cola-Karajan-Kultur ...".

Ein Tunix-Reisender sagt rückschauend: "Oh, ihr engherzigen Tröpfe, ihr nimmersatten Geschäftlhuber: Wenn ihr unter dem Motto 'tu was' die Menschen dieser Welt gerufen hättet, es wären nur 3 gekommen. In Worten: drei. So aber kamen etwa 20.000, die haben zwar nix gefunden, die wußten aber, warum sie es suchten..."

Als man die Organisatoren des Tunix-Treffens ausfragte, sagten sie es differenzierter: "Wir gehören zur Generation derjenigen, die von dem Hetzbild der radikalen Studenten fasziniert waren, sich mit den steinschmeißenden Horden identifizierten, dann aber die Wirklichkeit viel harmloser vorfanden. Die Übertreibungen der Medien haben uns hochgerissen, uns Mut gemacht. Die Wirklichkeit hat uns enttäuscht ...". Auch sie kritisierten ihre Leitbilder, die sich seither autoritärer gebärden als das, was in der Revolte angegriffen worden war. "Sie unterwarfen sich", so heißt es, "einer politischen Praxis wie z. B. den kommunistischen Parteien, die um einiges autoritärer waren als die Familien, aus denen die Revoltierenden ausgebrochen waren ... Wenn wir 'warum' fragten, gaben wir uns nicht mit einer Antwort zufrieden, die nur die Wirklichkeit beschrieb, nicht aber die Möglichkeit ihrer Veränderung ... Die Schwäche der Linken war und ist in ihrer Unfähigkeit begründet, die Tendenzen zur Herrschaftssicherung begreifbar, faßbar zu machen, deren subtilen Charakter eine subversive Strategie entgegenzusetzen."

Dämmerung ohne Sonnenaufgang

Oder schauen wir schließlich nach Frankreich hinüber, wo ein junger Schriftsteller, Bernard-Henri Levy, Jahrgang 1948, noch viel härter mit der Vergangenheit abrechnet und die Konsequenz eines kalten Nihilismus zieht: Er spricht im Nachklang zur 68er Revolution in Frankreich von einer "zu Boden gestreckten Welt", in der es "nunmehr noch schwarze Morgenstunden, Dämmerung ohne Sonnenaufgang" gibt. Er sieht keinen Ort, "der nicht von den Waffen der Macht geschlagen wäre, keine Wirklichkeit, die nicht von ihren Apparaten entblättert und gevierteilt wäre." Und er schließt dabei auch die ein, die nach Alternative suchen: "drop out, dampft ab", so sagt er, "das ist die Lösung unsererer neuzeitlichen Utopisten, Nomaden und Dekadenten, die von Vincennes nach Corrieze im Zentralmassiv ziehen ein schlichter Kuckucks-gesang der Spruchweisheiten der Stoa.

mit einem Weniger an Erhabenheit, dafür einem Mehr an Nichtigkeit. Daraus folgt auch die Armseligkeit des Ökologistentraumes, die Dürftigkeit der Theorien, die derzeit in Mode sind, die Theorien über ein ensauvagement à la Moscovici oder über die conviviality à la Illich". Er greift den Marxismus an, der nicht in der Lage sei, Revolutionen zu denken, ohne sie auf ein Schema zu reduzieren und ihre alles niederbrechende Eigenart zu erdrosseln. Und der Sozialismus ist für ihn, den nihilistischen Ex-Radikalen, eine Erfindung des Abendlandes, die Krieg und Kampf vergessen machen soll.

Beschimpfung der Ordinarden

Sie mögen fragen, wozu ich das erzähle und warum ausge-rechnet ich das tue. In der Tat wäre es gegen das, was ich heute Abend anstrebe, würde ich nicht meine eigene Rolle reflektieren. Sind wir schon soweit, könnte man fragen, daß die Ordinarien ihre Herrschaft nicht nur wieder in verschärften Prüfungen demonstrieren, sondern auch noch über das Schicksal der Studentenbewegung befinden? Oder bin ich, umgekehrt, eine jener großen Ausnahmen wie der Soziologieprofessor Urs Jäggi, weiland in Bochum, jetzt in Berlin, der als einer der ersten bei einer Studentendemonstration verhaftet (und nach Feststellung der Personalien mit einem entschuldigenden "Herr Professor" wieder nach Hause geschickt) wurde? Nein, ich bin weder das eine noch das andere.

Zwar blieb ich sitzen, als bei der Immatrikulationsfeier 1967 der Asta-Vorsitzende seine feierliche Rede zur Beschimpfung der Ordinarien nutzte und meine Kollegen scharenweise ihren fülligen Stresemann vom Stuhl hoben und den Saal verließen. Ich fand das lustig. Auch saß ich, Dekan der Fakultät für Mathematik, bei einem der ersten überfüllten teach-ins auf dem Boden eines Hörsaals und hob Händchen als man fragte, ob denn auch "Profs" da seien. Aber ich war zugleich stolz, daß bei einem der ersten Vorlesungsstreiks ein Abgesandter der Streikenden meine Elaboreate mitschrieb und für die wirklich Ferngebliebenen vervielfältigte. Menschenfreundlich und "scheißliberal" war vermutlich damals die Kategorie, in die man mich ein-stufte.

Kohlenkeller

Daß sich dann etwas grundlegend bei mir änderte, hat nur indirekt mit der Studentenbewegung zu tun: Es hängt, so

merkwürdig das klingt, mit meiner Herkunft aus dem Pietismus zusammen. Als Student gehörte ich zur Gründergeneration der SMD (Studentenmission in Deutschland), der "frommen Konkurrenz" zur ESG (Evangelische Studenten-Gemeinde). Später war ich jahrelang Mitglied im SMD-Bruderrat, dem obersten Gremium dieser Bewegung. Als ich 1964 nach Bochum berufen wurde, hatte ich mich allerdings zu einem Kritiker einer in der SMD wie in anderen frommen Kreisen verbreiteten Engstirnigkeit entwickelt. Bochum gab mir die Gelegenheit zu konstruktiver Kritik. Als 1965 die Uni Bochum eröffnet wurde, sammelte sich zunächst in meinem Haus ein Bibelkreis. Dann aber mein Vorschlag, im Keller ein Kontaktzentrum einzurichten, wo man sich einfach trifft und nach dem Motto "Bier, beat und Bibel" Vorträge, Diskussionen und evangelistische Aktivitäten vereint. 1967 fingen wir damit an und fanden reges Interesse bereits durch die Tatsache, daß es auf der "größten Baustelle Europas" kaum einen Treffpunkt gab.

Dann aber kam die Studentenbewegung, und wir luden deren Trägergruppen - SDS, MSB, Junge Garde, Maoisten, Kritische Katholiken und andere ein, um sich selbst im "Kohlenkeller", wie wir den Treff nannten, darzustellen und mit uns zu diskutieren. Natürlich blieben die "linken Gruppen", wie die Sammelbezeichnung lautete, uns gegenüber kritisch. In einem Flugblatt hieß es: "Während wir etwas tun, sitzen die jeden Donnerstagabend im Kohlenkeller und beten den Segen Gottes auf die Uni herab". Wir trieben mit unserem Kontaktzentrum nur Flickwerk am stabilen System der Gesellschaft. Die "Kohlenkellerleute" nahmen allerdings die Herausforderung an und gingen in die Hochschulpolitik. Sitze im Studentenparlament wurden errungen, ebenso im Universitätsparlament, in das ich mich, versteht sich, auch als Hochschullehrer wählen ließ.

Nun schrieben "die Linken" in ihren Flugblättern: "Achtung, Pietkong", die Frommen kommen in die Politik. Zwar strebten unsere Studenten das Sozialreferat in einem linken Asta an und waren sehr friedlich, aber mit versuchter politisch-neutraler Haltung und Versöhnungsbemühungen zwischen verhärteten Fronten wichen sie den eigentlichen politischen Grundentscheidungen aus. Eine Konzeption, die Evangelium und gesellschaftliche Probleme verbindet, fehlte.

Politische Radikalität gelebten Glaubens

Das änderte sich schlagartig, als wir 1972 Schriften von Leonhard Ragaz, Mitbegründer der schweizerischen religiös-

sozialen Bewegung in die Hände bekamen. Wir waren fasziniert - und sind es bis heute - wie bei dem Zürcher Theologen Reich Gottes-Botschaft und Sozialismus zusammengedacht sind und gerade für den, der traditionellem Glauben treu bleiben möchte, die politische Radikalität gelebten Glaubens an Christus aufgedeckt wird. Überdies hat Ragaz die wesentlichen Gedanken der Studentenbewegung ein halbes Jahrhundert vorweggenommen, etwa in seiner Vorlesung von 1919, die als Buch "Die pädagogische Revolution" herausgekommen ist.

"Es ist ... nicht nur meine Überzeugung", schreibt er darin, "sondern auch meine Hoffnung, daß die Welle der Revolution, die heute gegen unsere ganze Kultur anbrandet und die in irgendeiner Form ja notwendig war und in edlerer Form hätte kommen sollen, auch den geheiligten Bezirk ergreife, auf dem unsere Hochschulen stehen". Allerdings sind die Hochschulen kaum Kritik gewöhnt. Sie gelten als sakrosankt. "Weh dem Frevler, der es gewagt hätte, dagegen die Stimme der Kritik zu erheben! Man gab wohl zu, daß der menschliche Betrieb dieses Kultus unvollkommen und Einzelheiten einer Verbesserung fähig sein möchten, daß aber an dem System selbst etwas Wesentliches falsch, ja, daß dieses sogar im Prinzip verfehlt sein könnte, schien bis vor kurzem niemand einzufallen ...". Ragaz nennt die Hochschulen "Hochburgen der bestehenden Verhältnisse und Meinungen", die er in die "historische Hölle der Lächerlichkeit und Abgeletheit hineintreiben" sieht. Kritik am Staat ist nicht erlaubt, Wirtschaft und Industrie sind herrschende Kräfte im Hintergrund. Höhere Bildung ist für die Klasse der Gebildeten reserviert. - Ragaz gab einige Zeit später als 53-jähriger seine Professur auf, um sich der Arbeiterbildung im "Proletarierviertel" von Zürich zu widmen.

Über Ragaz entdeckten wir Christoph Blumhardt, den schwäbischen Erweckungsprediger, der 1899 die Sozialisten damit überraschte, daß er sich mit ihnen solidarisierte, in die SPD eintrat und sechs Jahre lang sogar als SPD-Abgeordneter im Württembergischen Landtag arbeitete.

Blumhardts Grundgedanken kann man so zusammenfassen: Wenn wir als gläubige Christen die soziale Frage angehen, dann heißt das nicht: jetzt fangen wir an, etwas zu tun. Nein, Gott hat schon angefangen, dort, wo Menschen nach Gerechtigkeit schreien und unterwegs sind, diese zu erreichen. Unser Platz ist in der sozialistischen Arbeiterbewegung, auch wenn wir ihre atheistischen Züge ablehnen. Die sozialistische Bewegung ist zugleich Gericht an der Kirche und Möglichkeit zur Neubesinnung der Christen. Das durch Christus geschenkte Heil ereignet sich nicht nur im individuellen, sondern

auch im gesellschaftlichen Leben. "Ihr Menschen seid Gottes" schrie Blumhardt seinen Zeitgenossen in die Ohren. ... Und Ragaz drückte es so aus. "Das Reich Gottes ist nicht von dieser Welt, aber für diese Welt". Reich Gottes ist zwar mehr als Sozialismus, aber es ist auch mehr als Kirche.

Was sich geändert hat

Was hat die Entdeckung von Ragaz und Blumhardt für unsere Bochumer Gruppe konkret bedeutet? Zunächst einmal etwas ganz Einfaches: Unser Verhältnis zu den linken Gruppen hat sich sofort geändert. Zwar lehnten wir nach wie vor vieles ideologische Gerede ab (von den Widersprüchlichkeiten zwischen den verschiedenen Richtungen ganz abgesehen), aber wir merkten: unser Platz ist auf der Seite derer, die nach dem Abbau von Herrschaftsstrukturen suchen, die den Moloch Technokratie in Hochschule und Gesellschaft durchschauen und sich für eine Überwindung der Pädagogik des Gehorsams einsetzen.

Für mich als Hochschullehrer war das nicht so einfach wie für die Studenten, bedeutete es doch Abschied aus dem Klüngel der Professoren, die in der Studentenbewegung ihren Feind oder mindestens einen Fremdkörper sahen. Dieses spitzte sich zu, als ich von der Studentenfaktion zum Rektorkandidaten nominiert wurde, gerade in der Zeit unseres Umdenkens. War vorher von seiten der Dozentschaft meine Nominierung angeregt worden, so schickte diese jetzt einen Abgesandten, der mir nahelegte, ich solle nicht kandidieren. Als ich dann gewählt war und eines Tages in meiner Eigenschaft als Rektor auf der Abschlußkundgebung einer Demonstration von 10.000 Studenten in Düsseldorf eine Rede hielt, riß der Faden bei vielen endgültig; eine für mich durchaus schmerzhaft Angelegenheit.

Fragen wir aber weiter nach dem, was sich bei uns geändert hat. Zu der nun gefundenen Solidarität mit anderen (!) linken Gruppen sei noch angemerkt, daß wir zwar manches Fragezeichen hinter die einseitige Arbeit der Bochumer ESG gesetzt haben; und doch blieb ein solidarisches Verhältnis zu ihr. Glücklicherweise hatten wir zu allen Zeiten des "Kohlenkellers" abgelehnt, uns gegen die ESG ausspielen zu lassen; die Kirchenleitung hatte es immer wieder versucht. Jetzt erhielt dieses Verhältnis eine tiefere Begründung: ESG als Stachel im Fleisch einer satten Wohlstandskirche - Herausforderung an die feste Burg einer frommen Bürgerlichkeit, Sprachrohr von vielen, die in ihrer Verbitterung über das klerikale System nur noch ein

gebrochenes Verhältnis zur Kirche haben, wenn überhaupt noch eines.

Wir haben noch mehr gelernt und sehen auch das, was heute geschieht, unter verändertem Blickwinkel. Lassen Sie mich zu den eingangs dargelegten Beispielen zurückkehren. Ich habe Ihnen nicht alles gesagt, was bei Peter Roos oder dem Tunix-Kongreß geäußert wurde.

Trauer-Arbeit und Buße

Die zerstörten Hoffnungen sind für Roos nicht Anlaß, sondern gleich neuen Hoffnungen nachzurennen. Seine These: Trauer-Arbeit steht an. Er sieht eine Gefahr darin, daß man stets in neue Aktionen hineinhechtet, um eine gerade vorausgegangene Katastrophe zu vergessen. Ruhe ist notwendig, Ruhe, um zu trauern. "Ruhe und geschonter Raum, fürs Tasten, fürs Versuchen, fürs Probieren. Ruhe und Wunsch, daß die klitzekleinen Ansätze zur Trauer-Arbeit nicht gleich wieder durch linkes und rechtes Etikettieren gestört, denunziert werden als 'Neue Innerlichkeit', 'Re-Literarisierung', 'Tendenzwende' - um damit die Feuilletons und Fernsehritzen mit frischem Begriffsgeklapper auszustatten, was sie hinüberretten zur nächsten Katastrophe im Kulturgeschäft."

Trauer-Arbeit, ein Begriff, der von Sigmund Freud übernommen ist. Bei Freud ist es der innere Vorgang im Menschen, der dem Verlust eines Beziehungsobjektes, eines geliebten Menschen etwa, folgt. Es ist nicht die Trauer einer Resignation, sondern die Bejahung und die Verarbeitung des Schmerzes, die zu einer Ablösung vom Vergangenen führt. "Trauer-Arbeit besteht darin, den Tod zu töten."

Was bei Freud auf den Verlust eines Menschen gerichtet ist, wird hier allgemeiner auf zerstörte Hoffnung bezogen. Diese braucht nicht die 68er Studentenbewegung zu sein, auf die sich Roos bezieht. Zerstörte Hoffnungen treten überall dort auf, wo man sich engagiert und zerdrückt wird von der Macht etablierter Systeme. Neben zerstörter Hoffnung, sich beruflich so entfalten zu können, wie man es möchte, stehen zerstörte Hoffnungen auf alternative Wirtschaft- und Energiepolitik, zerstörte Hoffnungen auf mehr Demokratie und mehr soziale Gerechtigkeit.

Trauer-Arbeit bedeutet nicht, sich einzuigeln, im Gegenteil: Flucht vor der Trauer ist Flucht vor sich selbst. Trauer-Arbeit heißt: zu sich selbst kommen, innehalten und frei werden für einen neuen Weg.

Statt "Trauer-Arbeit" kann man biblisch auch "Buße" sagen: Nicht Zerknirschung und innere Destruktion, sondern in-sich-gehen und umkehren. Umkehren in die Zukunft. Indem Trauer-Arbeit nicht nur auf einen Menschen bezogen wird, sondern auf zerstörte Hoffnungen, *gewinnt Buße eine gesellschaftliche, eine politische Dimension.*

Allzu leicht sagt man: Buße heißt eben Umkehr und ist etwas Fröhliches - was soll da Trauer und Wendung nach innen? So einfach ist das nicht. Buße, die in die Tiefe geht, birgt Trauer-Arbeit in sich. Wir haben uns verrannt, sind im Eifer für die Menschen unmenschlich geworden, haben nicht erreicht, was wir eigentlich suchten. Das gestehen wir uns nun ein, auch wenn es schmerzhaft ist. Wir rennen nicht plötzlich in eine andere Richtung, nein: Wir halten inne und halten erst einmal unser Versagen aus.

Sozialismus als Ziel

Die neue Richtung, die wir dann einschlagen, mag neue Ziele betreffen, dann, wenn wir wirtschaftlichem Egoismus, kapitalistischem Wohlstandsdenken oder der Herrschaft über andere Menschen nachgerannt sind. Man wünschte sich, daß die Industrienationen der nördlichen Hemisphäre, oder wenigstens Gruppen in diesen Nationen, mehr und mehr darüber erschrecken würden, in welcher Weise sie sich in Ausbeutung der schwachen Nationen verrannt haben, und daß sie anfangen, hierüber zu trauern. Das könnte der Beginn einer gesellschaftlichen Buße sein.

Die neue Richtung kann aber auch den Weg zu guten Zielen betreffen - und davon reden wir hier in erster Linie. Sozialismus als Ziel hat immer wieder zu Unmenschlichkeit auf dem Weg geführt. Überall dort, wo die Militärs eine keimende Revolution usurpieren und Gewaltherrschaft aufrichten, ist, um im Gleichnis vom "verlorenen Sohn" zu reden, die Revolution bei den Schweinen gelandet, sie nährt sich von den Treibern einer neuen Unterdrückung. Aber auch dort, wo wir uns durch Fanatismus verrennen und "unsere Personen ausknipsen wie Nachttischlampen", bleibt die Sackgasse nicht aus. Wo der Weg nicht durch das Leben an der Basis gedeckt ist, werden die Ziele verraten.

Was geschah in dieser Hinsicht auf dem Tunix-Treffen? Ein Sprecher der Gruppe "Trotz und Träume" meinte dort: "Wir haben jahrelang geglaubt, daß mit Aktionen unter dem Motto 'Weg mit ...' und 'Nieder mit ...' etwas zu verändern sei, wenn man es nur geschickt genug anstellt. Unsere Phantasie wurde darüber verstümmelt, eingeschläfert oder ver-

schüttet ...".

Ein anderer Teilnehmer: "Für mich war eigentlich das wichtigste bei diesem Treffen in Tunix, daß alles, was man bisher aus linken Zeitungen oder sonst mal gehört hat, was an Widerstandsformen existiert, was eigentlich so an Sachen gemacht wird, daß mir jetzt mal persönlich klar geworden ist, daß das alles was mit mir zu tun hat und daß alles zusammengehört; und daß dieses Gefühl von Schwäche, von dem wir hier oft geredet haben, dieses Gefühl von Schwäche hier auch irgendwo zu einer Stärke geworden ist, nicht zu so 'ner verlogenen Stärke einer Veranstaltung, die Größe demonstriert, die überhaupt nicht vorhanden ist, sondern 'ne Stärke der Gemeinsamkeit und auch Mut für die nächste Arbeit ...".

Eine "sozialistische Assistentenzelle" faßt in einer kritischen Stellungnahme präzise zusammen: "Darin liegt exakt der Unterschied zwischen der 68er Bewegung und der 78er Bewegung: 1968 machten wir uns auf 'den langen Marsch durch die Institutionen' in dieser Gesellschaft, 1978 beginnt die Reise fort von den unwirtlichen Gestaden des 'Modells Deutschland' nach dem fernen Tunix mit seinem weißen Strand, blauen Meer und roten Mond. Während sich die 68er Bewegung aufmachte, um die Gesellschaft zu ändern, haut die 78er Bewegung aus dieser Gesellschaft ab. Während sich die 68er Bewegung mit dem Vietkong, mit einer siegreichen, aufstrebenden, heroischen Bewegung identifizierte und von 'zwei, drei, vielen Vietnam' träumte, ihren Protest gegen die Barbarei des Kapitalismus, gegen die Verantwortlichen und Sympathisanten des US-Terrors auf dem Pflaster der Straßen dieses Landes artikulierte, identifizierte sich die 78er Bewegung mit dem Roten Mann, mit einem geschlagenen, entrechteten, fast ausgerotteten Volk, mit der Niederlage: Sie malen sich an und werden zu Stadtindianern, verziehen sich 'unter das Pflaster von diesem Land'".

Dies ist, wie ich meine, ein ungewolltes Kompliment an die Tunix-Bewegung: Diese identifiziert sich mit der Niederlage: Das ist Trauer-Arbeit.

Fragen wir schließlich Bernard-Henri Levy. Zwar vermag ich in seinem Buch "Die Barbarei mit menschlichem Gesicht", auf das ich mich stütze, keine Ansätze zu einer Trauer-Arbeit zu finden; sein Pessimismus ist zu scharf und selbstsicher. Aber seine Kritik an dem Sozialismus, der ihm begegnet ist, weist in die Richtung, in die Peter Roos oder die Tunix-Teilnehmer gegangen sind: Levy zeilt den Sozialismus eines lügnerschen Optimismus; "Der Sozialismus ist nicht eine Spielart des Optimismus, eine Spielart unter vielen, sondern seine bedeutendste; der Sozialismus

ist die überzeichnetste Karikatur, die Stimme der Betrügereien und die Enzyklopädie der Lügen des Optimismus ... Ein Sozialist vergißt nichts, bereut nichts, verflucht nichts: Jedes Ereignis, jedes Geschehen der Geschichte wird sogleich in einem riesenhaften Gedächtnis abgelagert, als dessen Wächter und aufmerksamer Archivar er sich versteht. Der Sozialist weiß nicht, was eine Niederlage ist, eine wirkliche, echte Schmach ...". M.a.W.: Der Sozialist kennt keine Trauer-Arbeit.

Man merkt es aus dem Levyschen Buch insgesamt, daß er hierbei den Sozialismus orthodox-marxistischer Prägung vor Augen hat. Wäre dies der einzig mögliche, der gemeine Sozialismus, dann läge mir nichts am Sozialismus.

Brüderlichkeit

Aber er ist es nicht. Von seinen Anfängen her war Sozialismus die Suche eines unterdrückten Industrieproletariats nach mehr Gerechtigkeit, nach einer lebenswürdigen Gesellschaftsform, nach Abbau der Herrschaft von Menschen über Menschen. Sozialisten wußten, was Niederlagen sind. Früher Sozialismus war religiöser Sozialismus, meist verbunden mit einer Reich Gottes-Erwartung. Marx und Engels haben sich bewußt gegen diese sozialistische Bewegung abgegrenzt, natürlich nicht ohne eine Haßliebe zu ihr. Sozialismus sucht nicht nur nach Freiheit und Gleichheit, sondern Verwirklichung auch des dritten Themas der Französischen Revolution: Brüderlichkeit, Zusammenleben in neuer, von Ungleichheit, von Ungerechtigkeit, von Herrschaft befreiter Gemeinschaft.

Trotz der später vorhandenen - und teilweise notwendigen - Verflechtungen mit dem Marxismus blieb dies die Grundtendenz des Sozialismus. Und so steht er heute im Kern der Arbeiterbewegung, der Befreiungsbewegungen, der Alternativbewegungen auch in unserem Land. Auch wenn Sozialismus immer wieder in Entartungen hineingeraten ist - dem Christentum darin nur zu sehr verwandt -, er bleibt die Bewegung des Exodus, des Auszugs aus den Zwängen einer von Apparaten, von Machtsystemen beherrschten Gesellschaft, gleichgültig, ob diese Gesellschaft verarmt oder mit dem Zuckerbrot des Wohlstandes befriedigt und lahmgelegt ist.

Verheißung über der Menschheit

Christen sind in dieser Weise vom Sozialismus herausgefordert, nicht als eine Konkurrenz, die es zu überbieten gilt, nein, als ein Ort, von dem sie sich fragen lassen

müssen, ob sie nicht dorthin gehören.

Wenn ich von der Trauerarbeit engagierter Sozialisten lese, fühle ich mich, offen gesagt, dem Evangelium näher, als wenn ich fromme Reden eines von christlichem Ordnungsdanken und Angepaßtheit nur so strotzenden Zeitgenossen höre. - Wenn ich Trauerarbeit mit Buße im biblischen Sinn in Verbindung gebracht habe, so bedarf dies noch einer Weiterführung. Trauerarbeit soll nicht schlechthin zu einem Ersatz für Buße hochstilisiert werden. Trauerarbeit, wie sie oben geschildert wurde, kann man vom Glauben her als verborgene Buße im Sinn des Evangeliums sehen. Christen können die verborgene Buße offenbar werden lassen und unter die Verheißung Gottes stellen. Daß nicht nur über dem Leben des einzelnen, sondern über der Menschheit und damit auch über unserer Gesellschaft ein Zeichen der Hoffnung gesetzt ist, das ist ein zentraler Inhalt der Botschaft vom hereinbrechenden Reich Gottes. Daß dies im Sozialismus leibhaftig, greifbar wird, erscheint mir als eine der schönsten Perspektiven für einen Christen.

Um deutlich zu sein: Sozialismus ist nicht identisch mit einer politischen Partei, weder mit einer der kommunistischen Parteien noch der sozialdemokratischen noch der demnächst entstehenden Partei der Grünen. Zwar kann man von dem politischen Programm der Grünen fasziniert sein und sagen: Hier passiert ein Stück Exodus. Aber man darf zweierlei nicht vergessen: Zum einen steht die praktische Bewährungsprobe noch aus. Zum anderen vertritt nach wie vor die SPD in breitem Maße die Interessen der Arbeiterbewegung, wenn man insgesamt auch den Eindruck hat, daß das Wort "sozialistisch" einer Mehrheit von deutschen Sozialdemokraten peinlich ist.

Sozialismus schwebt nicht über Parteien, fern den Niederungen des kommunalen und bildungspolitischen Tagesgeschäftes. Ein Sozialist sollte sich wohl überlegen, wo er in diesen Niederungen gebraucht wird. Aber Sozialismus ist mehr als Parteipolitik, er ist zugleich Lebensform und Zielrichtung auf dem Weg zu einer erneuerten Gesellschaft.

Die neue Stadt bereitet

Wir stehen gerade dann, wenn wir uns Christen nennen, vor der Frage, ob wir - vielleicht nach Enttäuschungen aufgrund totgelaufener Aktivitäten - uns zurückziehen und mit klammheimlicher Freude "vernünftig" werden, d. h. uns

anpassen an das christliche Spießertum, das Umweltproblem und Dritte Welt als interessante Themen der Tageschau zur Kenntnis nimmt. Oder ob wir die finden, mit denen wir zusammen nicht in blinden Aktionismus rennen, sondern eine Zelle bilden, in der wir nicht in Ohnmacht stecken bleiben, sondern Trauerarbeit leisten, Umkehr erleben und weiterziehen - unter der Verheißung Gottes. Das ist unsere Alternative.

Lassen Sie mich das Gesagte zusammenfassen mit dem Gleichnis, das ich vorhin schon erwähnt habe, dem Gleichnis vom sogenannten verlorenen Sohn. Dieser wollte ein volles Leben haben, brach aus, verirrte sich, hielt eine Weile ganz unten aus, ging in sich und fand eine neue Möglichkeit, und zwar dort, wo er hergekommen war. Sein Bruder aber, anständig, fleißig, angepaßt, ärgerte sich über das, was in seinem Haus geschieht: Dieser dreckige, langhaarige Nichtstuer wird auch noch gefeiert.

Ich sagte, eine Revolution kann bei den Schweinen landen. Das heißt nicht mit Notwendigkeit, daß die Träger der Revolution in sich gehen, Trauerarbeit leisten und umkehren. Entsprechendes gilt für die, die ausbrechen aus unserem kapitalistischen status quo, für eine neue Gesellschaft kämpfen und steckenbleiben. Wo aber die Buße und die Umkehr durchbricht, finden wir den Weg nach Hause zu dem hin, der uns die neue Stadt bereitet hat. Mag dies zum Ärger der pseudo-christlichen angepaßten Welt um uns herum sein: Wir träumen nicht nur von dem ganz anderen, wir gehen auf das ganz andere und auf den ganz anderen zu.

Helmut Gollwitzer

WARUM BIN ICH ALS CHRIST SOZIALIST?

- THESEN -

1. Was sagt einer, der von sich sagt: "Ich bin Sozialist"?

1.1. Ein Sozialist hält eine bessere Gesellschaft, als es die gegenwärtige ist, für möglich und für nötig.

1.2. Mit "besserer Gesellschaft" sind dabei nicht nur Verbesserungen innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung gemeint, sondern eine gegenüber der bestehenden Gesellschaft in grundlegenden Strukturen veränderte Gesellschaft. Daß der Sozialist an Verbesserungen innerhalb der be-

stehenden Gesellschaft mitarbeitet, verbindet ihn mit allen sich sozial verantwortlich wissenden Menschen dieser Gesellschaft zu tätiger Zusammenarbeit; daß er darüber hinaus grundlegende Strukturveränderungen für möglich und nötig hält, unterscheidet ihn von ihnen.

1.3. Die Zielvorstellung des Sozialisten ist eine möglichst egalitäre Gesellschaft, d. h. eine Gesellschaft mit möglichster Chancengleichheit und möglichster Selbstbestimmung (Freiheit) und Mitbestimmung jedes Gesellschaftsmitgliedes, ohne Privilegien durch Geburt oder Besitz, negativ ausgedrückt: mit möglichster Minimierung von Ausbeutung, von Herrschaft und von Ungleichheit in der Aneignung des Sozialproduktes.

1.4. Der Sozialist macht damit ernst mit den ursprünglichen Zielen der bürgerlichen Gesellschaft - "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" -, die in dieser Gesellschaft wegen ihrer Sicherung von Privilegien und Ungleichheit immer nur eingeschränkt verwirklicht, oft auch, wenn es die Sicherung der Privilegien ratsam erscheinen läßt, verleugnet werden ("Faschismus" in all seinen Spielarten). Friedrich Naumann (1908): "Der Sozialismus ist die denkbar weiteste Ausdehnung der liberalen Methode auf alle modernen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse". Godesberger Programm der SPD: "Der Sozialismus kann nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie nur durch den Sozialismus vollendet werden."

1.5. Der Sozialist hat die Phantasie, sich Alternativen zur gegenwärtigen Gesellschaft vorzustellen und von da aus gegenwärtige Ordnungen ohne Beschönigungen zu kritisieren. Er unterstreicht, daß die gegenwärtige Gesellschaft weder natur- oder gottgegeben noch Ende und Ziel aller Geschichte ist; sie ist vielmehr historisch geworden und historisch überholbar, sowohl durch Sozialismus wie durch Barbarei.

1.6. Der Sozialist kämpft für eine strukturelle Veränderung der Gesellschaft; insofern ist er revolutionär. Die Veränderung, um die es ihm geht, ist ein langer Prozeß; insofern denkt er evolutionär. Ob für die Veränderung eine politische Revolution mit Gewaltanwendung nötig ist, oder ob sich der Übergang von der alten Ordnung zur neuen allmählich, schrittweise und friedlich vollzieht, hängt von den Umständen ab, besonders davon, mit welchem Maße von Gewaltanwendung und Aufhebung demokratischer Rechte die am bestehenden Privilegiensystem interessierten Kräfte ihre Privilegien zu sichern versuchen.

1.7. Der Sozialist vertritt keine Heilslehre. Er weiß, daß gesellschaftliche Ordnungen die Menschen nicht gut oder böse machen und das Glück des Einzelnen nicht garantieren können. Er weiß aber auch, daß gesellschaftliche Zustände die Menschen bis tief in ihr Denken, Fühlen und Verhalten hinein prägen und daß sie - wie wir am krassen in der Zeit des Nazismus erlebt haben - unzählige Menschen besser oder schlechter machen können und daß ein Privilegiensystem unzähligen Menschen große materielle Not und Lebensverkümmierung bereitet.

1.8. Der Sozialist ist durch Gründe zu der Überzeugung gekommen, daß auf der Basis der heutigen wissenschaftlich-technischen Entwicklung eine strukturelle Veränderung, die die bisherigen Privilegien abbaut und zu einer realen Demokratie führt, denkbar und möglich ist und ebenso, daß sie angesichts der destruktiven Auswirkungen dieser wissenschaftlich-technischen Entwicklung, solange sie im Dienste des Privilegiensystems (also partikularer Interessen) steht, dringend nötig ist, wenn die Zukunft nicht der Barbarei verfallen soll.

2. Die heutigen Schwierigkeiten des Sozialisten

2.1. Das Wort Sozialismus ist vieldeutig geworden und für die einen mit positiver, für viele aber auch mit negativer Bedeutung besetzt.

2.2. Die negative Bedeutung des Wortes Sozialismus in unserem Lande rührt her

- a) von dem abschreckenden Bilde, das - verstärkt durch antisozialistische und antikommunistische Propaganda - die heute sich sozialistisch nennenden Staaten dem Bundesbürger bieten,
- b) daher, daß die Umwälzungen in diesen Staaten durch blutige Bürgerkriege zustande gekommen sind,
- c) daher, daß diese Umwälzungen sich in agrarischen, "unterentwickelten" Ländern ereignet haben und deshalb ein Vorbild für den Übergang eines entwickelten Industrielandes zu einer neuen, nichtkapitalistischen Gesellschaft noch nicht besteht.

2.3. Die Vieldeutigkeit des Wortes Sozialismus rührt auch daher, daß dieses Wort Verschiedenes meint:

- a) die Zielvorstellung der neuen Gesellschaft,
- b) die sozialistischen Organisationen (Parteien und Grup-

pen), die dafür kämpfen,

- c) die strukturellen Maßnahmen, die schrittweise zum Ziele führen sollen.

Über a) besteht im Raume von b), also innerhalb der sozialistischen Organisationen, weithin Einigkeit; über c), sowohl über die einzelnen Maßnahmen wie über die nötige Strategie, liegen sie miteinander im Streit.

2.4. Durch diese doppelte Vieldeutigkeit ist das Wort Sozialismus nahezu unbrauchbar geworden. Wer sich heute als Sozialist bezeichnet, muß sofort hinzufügen, in welchem Sinne er Sozialist ist. Er kann aber auch beanspruchen, daß mit ihm nur über den Sozialismus, den er vertritt, verhandelt wird.

2.5. Der Sozialist befindet sich damit heute in einer ähnlichen Lage wie der Christ. Auch wer sich als Christ bezeichnet, muß angesichts der Vielzahl von christlichen Konfessionen und Gruppen sofort hinzufügen, in welchem Sinne er sich als Christ bezeichnet, und kann beanspruchen, daß mit ihm darüber gesprochen wird und daß ihm nicht die Sünden anderer christlichen Gruppen zur Last gelegt werden. Die Behauptung, daß solche Sünden aus dem Wesen des Christentums bzw. des Sozialismus notwendig folgen, wird der Christ bzw. der Sozialist durch sein anderes Verständnis von Christentum bzw. Sozialismus bestreiten und widerlegen. Die abschreckende Realität von Staaten, die sich sozialistisch nennen, ist für den Sozialisten das gleiche leidvolle Problem wie für den Christen die abschreckende Realität von Staaten und Parteien, die sich christlich nannten oder noch nennen.

3. Warum wird ein Mensch Sozialist?

3.1. Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionärer Veränderung oder aus beidem.

3.2. Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

3.3. Solche Vordergrundphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). - Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

3.4. Hinzu kommt, daß gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille.

3.5. Der Zusammenhang all dieser Erscheinungen wird nach Meinung des Sozialisten sichtbar, wenn man nach der grundlegenden, jetzt auf den ganzen Erdball expandierenden Produktionsweise unserer Zeit fragt, nämlich der kapitalistischen, nach ihren Gesetzen und ihren Auswirkungen.

3.6. Der Sozialist hält diese Produktionsweise nicht für die einzige, wohl aber für die Hauptursache des heutigen Weltelends und der heutigen Zukunftsgefahren. Er sieht, wie ohne Erkenntnis dieser Hauptursache alle Analysen der heutigen Probleme und alle Lösungsvorschläge an der Oberfläche bleiben und deshalb keinen Ausweg zeigen. Er hat Gründe für die Prognose, daß ohne Überwindung dieser Hauptursache das heute zum erstenmal in der Geschichte gefährdete Überleben der Menschheit nicht gelingen kann.

4. Warum wird ein Christ Sozialist?

4.1. Auf die Frage, weshalb ein Mensch heute Sozialist wird, wurde im wesentlichen ein negativer Impuls genannt: die Einsicht in die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten, umfassenden Schäden der heutigen

Gesellschaft. Nach Jean Ziegler (Professor für Soziologie in Genf) ist die unerläßliche Bedingung in der heutigen Weltlage für den Sozialisten: "sich in seinem tiefsten Innern den Sinn für den Schrecken zu bewahren, ihn zum Fundament der täglichen Wahrnehmung zu machen". Für den Christen kommt entscheidend ein positiver Impuls aus dem Evangelium hinzu.

4.2. Das Evangelium zeigt uns

- a) die Welt als Gottes geliebte Schöpfung, in die die Menschen gesetzt sind, sie "zu bauen und zu bewahren" (1. Mose 2,15),
- b) die Menschen als Gottes geliebte Kinder, die Gott durch seine Selbsthingabe in seinem Sohne Jesus Christus retten will vor den Folgen ihrer sündigen Selbstzerstörung und die er zu einer geschwisterlichen Familie zusammenfügen will,
- c) die für das leibliche und geistliche Leben der Menschengeschwister verantwortliche tätige Liebe als Frucht des Glaubens, zu der wir vorher an unsere Interessen egoistisch gefesselte Menschen durch den Geist Jesu Christi befreit werden.

4.3. Dadurch entsteht eine neue Einstellung zu allen Privilegien, die wir besitzen:

- a) Was ich an Privilegien besitze, soll in Dank an Gott, der sie mir gegeben hat, zum Dienst am Nächsten eingesetzt werden. "Was nicht im Dienst steht, steht im Raub" (Luther).
- b) Was ich über meine kreatürlichen und geistlichen Privilegien hinaus an gesellschaftlichen Privilegien besitze, soll zu Rechten aller werden. Ich werde mich also nicht am Kampfe derer beteiligen, die ihre Privilegien behaupten wollen, sondern am Kampfe derer, die diese Privilegien zu Gunsten der bisher benachteiligten abbauen wollen. Das Evangelium weist mich an, die Gesellschaft von ihrem untersten Ort her, von daher, wo die Benachteiligten aller Art stehen, zu sehen und deshalb zu verändern.

4.4. Alle historischen Gesellschaften seit der Ackerbauzeit waren Privilegiengesellschaften. Ihre Geschichte, ihre Systeme von Recht, Kultur und Religion waren vom Interesse der privilegierten Schichten, ihre Privilegien zu behaupten, bestimmt: Klassenkampf von oben. Die christliche Gemeinde ist dazu bestimmt, eine privilegienfreie, herrschaftsfreie Bruderschaft zu sein. Damit steht sie im Gegensatz zu der sie

umgebenden Privilegiengesellschaft. Zu ihrer Weltverantwortung gehört, daß sie nicht nur eine anderslebende Insel ist, sondern eine hinauswirkende Zelle, die sich am Abbau des Privilegiensystems in Zusammenarbeit mit gleichgerichteten Bestrebungen beteiligt.

4.5. Das Privilegiensystem durchdringt infolge des Zusammenhangs mit der umgebenden Gesellschaft auch die christliche Gemeinde. Im Laufe ihrer Geschichte sind die christlichen Kirchen vielfältige Bündnisse mit den Privilegiensystemen eingegangen und haben ihnen ideologische Dienste geleistet. Dadurch sind sie an viel Unterdrückung und Ungerechtigkeit mitschuldig geworden ("Klassenbindung der Kirche"). Für die heutige Welt gilt: Während die Klassengegensätze innerhalb der Ursprungsländer des Kapitalismus "abgemildert" sind, besteht der "krasse Klassengegensatz ... heute zwischen der ersten Welt einschließlich der Arbeiter und den Massen der dritten Welt" (C. Fr. von Weizsäcker, "Fragen zur Weltpolitik", München 1975, S. 42). Darum gilt für uns Christen in Deutschland das Wort eines Lateinamerikanischen Bischofs: "Kein Deutscher kann sagen, er sei unschuldig".

4.6. Die Umkehr, zu der die christliche Gemeinde durch Gottes Wort täglich gerufen wird, umfaßt auch die Abkehr von ihrer Einbindung in das herrschende Privilegiensystem und ihren tätigen Einsatz für gerechtere, also nicht mehr durch gesellschaftliche Privilegien bestimmte Gesellschaftsstruktur. Deshalb ist die primär wichtige Frage heute nicht die nach dem Verhältnis von Christentum und Sozialismus, sondern zuerst die nach dem Verhältnis von Christsein und Kapitalismus: Kann man als Christ das gegenwärtige Gesellschaftssystem samt der ihm zugrunde liegenden Wirtschaftsordnung bejahen und verteidigen, oder muß das für einen Christen nicht unerträglich sein?

4.7. Wird einem Christen die Unverträglichkeit zwischen Evangelium und kapitalistischem Privilegiensystem bewußt und sieht er sich vom Evangelium unvermeidlich und unaufhaltsam in die Teilnahme am Kampfe für eine gerechtere und solidarischere Gesellschaft gedrängt, dann muß er mit seiner Vernunft erforschen und entscheiden, in welchem Ausmaße eine Gesellschaftsveränderung jetzt möglich und nötig ist, welche Strategie, welche Bündnisse und welche Kompromisse dafür zu wählen sind, wie die jetzt fälligen strukturellen Änderungen jetzt aussehen sollen. Dies geschieht in rationaler Diskussion und in politischen Entscheidungsprozeduren. Auf dem Felde der Vernunft gibt es keine absoluten Entscheidungen, darum auch keine absoluten Gegensätze.

Dagegen ist die "Richtung und Linie" (Karl Barth) unserer politischen Tätigkeit vom Evangelium festgelegt: hin auf eine solidarisch-demokratische, privilegienfreie Gesellschaft. So gibt das Evangelium dem Christen für seine politische Verantwortung Motiv, Ziel und Kriterien für die Wahl der Mittel und Kampfweisen.

4.8. Ist "Richtung und Linie" vom Evangelium festgelegt, so ist die Entscheidung für den Sozialismus eine zwar daraus hervorgehende, aber nicht vom Evangelium festgelegte Entscheidung. Sie ist abhängig von vernünftiger Beurteilung der Lage und von ausreichender, von ideologischer Bindung an Privilegien freier Information über die Lage.

4.9. Sozialismus ist nicht identisch mit Marxismus. Es gibt viele nicht-marxistische Sozialisten, und es gibt fast so viele marxistische Richtungen, wie es christliche Theologien gibt. Marxismus ist ein theoretisches Instrument für den Sozialisten zur Analyse der Lage und zur Entwicklung der Strategie. Dieses Instrument kann der Christ als Sozialist gebrauchen, unabhängig davon, daß es von Atheisten erfunden und aus historischen Bedingungen mit atheistischer Weltanschauung verbunden worden ist. Er gebraucht dieses Instrument gemäß dem Grundsatz christlicher Freiheit: "Alles prüfet, das Gute (wörtlich: das Schöne) behaltet!" (1. Thessalonicher, 5, 21) und in christlicher Freiheit, also nicht daran "glaubend", nicht als starre Doktrin, sondern in freier Prüfung je nach Tauglichkeit.

4.10. Zur Bewegung in dieser "Richtung und Linie" und zur Freiheit für die praktischen Konsequenzen, zu denen auch die vorurteilslose Prüfung der sozialistischen Gedanken gehört, fordern uns oft genug auch die Tageslosungen auf, z. B. die vom 24. Januar 1979: "Ich weiß, der Herr führt der Elenden Sache" (Psalm 140, 13). - "Höret zu, meine lieben Brüder! Hat nicht Gott erwählt die Armen auf dieser Welt? Ihr aber habt den Armen Unehre getan" (Jakobus 2, 5. 6). - "Da warten so viele: die Blinden, die Alten, /die Krüppel, die Tauben. Wer mißt denn ihr Leid? / Und wir? Wir wollen unser Leben erhalten -, verlieren die Zeit und die Ewigkeit". (Paul Toaspern)

THERAPIE STATT KNAST DAS POLITISCHE PROBLEM DER DROGENABHÄNGIGKEIT

In Bayern, Berlin und Bremen baut man "Drogenknäste", in denen Drogenabhängige mit Besuchern nur durch eine Glaswand reden können und 24 Stunden mit Video überwacht werden. Das Polizeiaufgebot gegen Rauschgifthändler wird verstärkt. Für Therapie aber ist kaum Geld zu bekommen. Die Bundesregierung, insbesondere das Familienministerium, gibt ein schwaches Bild bei der überfälligen Formulierung eines neuen Drogengesetzes ab. - Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau hat die Initiative zu einem konstruktiven Weg ergriffen und am 8. Januar 1980 Vertreter aus der Praxis eingeladen. Wie reagierte der offizielle Vertreter in Sachen Drogenprobleme für die Landeskirchen von Rheinland und Westfalen auf die Einladung? Er ließ sich durch sein Vorzimmer entschuldigen.

Friedel Geisler ist Pastorin und Sozialtherapeutin in Solingen und seit mehreren Jahren in der Therapie Drogenabhängiger tätig. Im folgenden faßt sie ein Referat zusammen, das sie in der Bochumer Gruppe der Religiösen Sozialisten im Januar 1980 gehalten hat.

Seit mehr als fünf Jahren wurde in der Öffentlichkeit verschleiert, daß die Zahl der Abhängigen von verbotenen Drogen und die Drogentoten ständig stiegen. Die öffentlichen Stellen beharrten auf einer Zahl von 40.000 Abhängigen und waren nicht bereit, sie nach den Erfahrungsberichten der Praktiker zu korrigieren. Es wurde verschleiert, daß der Konsum der verbotenen Drogen sich in allen Schichten angesiedelt hat und daß alle Maßnahmen des Eindämmens und Aufhaltens fehlgeschlagen sind. Inzwischen befinden sich unter den Insassen in den Haftanstalten 50 - 70 % Inhaftierte wegen Vergehens gegen das Betäubungsmittelgesetz. Erst durch die erschreckende Zunahme der Zahl der Drogentoten im Jahr 1979 auf 613 Personen (1978: 430), kam die Diskussion über die gescheiterten Bemühungen in der Drogenpolitik des Bundes und der Länder wieder in Bewegung.

Die Reaktion der beteiligten Stellen auf das Scheitern der Drogenpolitik war Diskriminierung der Betroffenen, auch Diskriminierung der damit positiv befaßten Stellen.

Schon Anfang 1978 stellte die Bundesfachtagung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Stuttgart fest: "Das Betäubungsmittelgesetz wird in der praktischen Rechtsprechung entgegen dem Willen des Gesetzgebers so angewendet, daß die drogenabhängigen Konsumenten und Kleinhändler in den letzten Jahren verstärkt zu langen Haftstrafen sowie zu zwangsweiser Unterbringung in psychiatrischen Anstalten verurteilt werden." (1.)

Bereits in Therapie befindliche Drogenabhängige werden aus Therapieeinrichtungen heraus zum Strafvollzug abgeholt. Viele Therapieeinrichtungen mußten ihre Arbeit einstellen, weil sie von den Versicherungsträgern nicht oder nicht mehr anerkannt wurden.

In den Landeskrankenhäusern werden die Drogensüchtigen zum großen Teil mit schwer psychisch Kranken zusammengelegt. Die vielen Mißerfolge, die auf die strukturellen Bedingungen in den Institutionen zurückzuführen sind, haben beim Klinikpersonal häufig eine negative und nahezu feindselige Einstellung gegen Drogenabhängige bewirkt, die kein therapeutisches Klima aufkommen läßt. Von offizieller medizinischer Seite konnte bisher kein erfolgversprechendes Konzept zur Therapie entwickelt werden.

Zwei Runderlasse des Innenministeriums von Nordrhein-Westfalen waren Anlaß zu scharfen Überwachungsmaßnahmen in vielen Jugendzentren, so daß Fachzeitschriften kommentierten: "Das massenhafte Zusammenkommen von Jugendlichen wird schon als kriminogene Öffentlichkeit behandelt" (2.)

Daß die Hauptumschlagplätze die öffentlichen Schulen sind, wird offiziell verschwiegen. Ein Runderlaß des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, der bei Bekanntwerden von Drogenabhängigkeit in den öffentlichen Schulen einen Handlungsspielraum im Bereich der pädagogischen Maßnahmen vorsieht, wird nach meinen Recherchen in den Schulen nicht angewandt.

Der Gesetzgeber hat es bisher versäumt, die Arbeit der Jugend- und Drogenberatungsstellen durch das Zeugnisverweigerungsrecht abzusichern. Der nötige Schutzraum für die Betroffenen ist in den Beratungsstellen nur über persönliche Absprachen mit den zuständigen Behörden als deren Entgegenkommen partiell zu erreichen und kann jederzeit aufgehoben werden. (3.)

Verfolgungspraktiken

Die Reaktionen der Regierung beschränkten sich weitgehend auf die Exekutive im Bereich der Innenministerien der Länder. Sie haben im Raum ihrer Möglichkeiten eine Reihe von Verschärfungen der Verfolgungspraktiken eingeführt. Dazu schreibt Bundesfinanzminister Matthöfer in einem Aufsatz vom Januar 1980: "Zur wirksamen Unterstützung unseres Kampfes gegen illegale Rauschgifteinfuhr durch den Grenzschatzeinzeldienst wurden die Aus- und Fortbildungen der Kontrollbeamten verbessert ... Auch wurde die technische Ausstattung für die Kfz-Durchsuchung wesentlich verbessert ... Bei der Zollfahndung wurden besondere Sachgebiete für die Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels mit rund 200 spezialisierten Rauschgiftfahndern eingerichtet und an den Schwerpunkten des Rauschgiftschmuggels zusätzliche Dienststellen geschaffen ... Die zuständigen Dienststellen werden laufend verstärkt." Zum Bereich der Therapie und der vorbeugenden Maßnahmen befinden sich in diesem Aufsatz zwar Vorschläge. Dafür müssen die Mittel aber erst bereitgestellt werden. Außerdem ist dieser Bereich apellarisch abgefaßt. (4.)

Die Bundesregierung legte nach mehreren Entwürfen ihren Gesetzesentwurf zur Neuordnung des Betäubungsmittelgesetzes dem Bundestag vor. (5.) Katastrophal erscheint aus der Sicht des Praktikers, daß hierin eine Unterscheidung zwischen den sogenannten "harten" und "weichen" Drogen ausdrücklich abgelehnt wird. Es ist unverständlich, daß die Regierung sich dabei die Erkenntnisse und Erfahrungen der benachbarten Niederlande nicht zunutze gemacht hat! In einem Kommentar von Dr. Irene Sagel-Grande heißt es in den Niederlanden: "Zur effektiven Verwirklichung dieser Ziele (Gegenmaßnahmen gegen die ständige Zunahme des Drogenmißbrauchs - d. Verf.) wählte man vor allem die drei folgenden Mittel:

- Intensivierung der Bekämpfung des Handels mit Amphetaminen durch Verschärfung der Strafmaßnahmen;
- optimale Trennung des Handels mit Cannabis vom Handel mit Drogen, die absolut gefährlich sind, und verstärkte Bekämpfung des letzteren mit Hilfe höherer Strafen und intensiverer Kontrollmaßnahmen;
- Umwandlung des Tatbestandes "Cannabis-Besitz zum eigenen Gebrauch" vom "misdrijf" (Verbrechen/Vergehen) zur Übertretung (Kriminalunrecht)."

In den Niederlanden stellte man bei Untersuchungen fest,

daß zwischen verschiedenen Händlern zu unterscheiden sei: Es verläuft eine Zäsur zwischen dem Cannabishandel (manchmal kombiniert mit LSD), dem Handel mit Opium und anderen "harten" Drogen sowie dem Handel mit LSD. Bis vor einigen Jahren waren dies die drei Hauptgruppen; seit 1970 kam noch der Handel mit Amphetaminen hinzu. Am Handel mit Haschisch sind die meisten Personen beteiligt. Am Heroinhandel nehmen die wenigsten Personen teil. LSD und die Amphetamine haben diesbezüglich eine Zwischenposition inne. Die Unterschiede zwischen Cannabishändlern und Opium- (Heroin-) Händlern zeigen sich in der Verschiedenheit der Beziehungen zwischen Händlern und Verbrauchern: Opiumhändler werden häufig von den Käufern verfolgt, die das Mittel stets benötigen. Hier liegt auch ein Grund dafür, daß Haschischhändler sich oftmals scheuen, ebenfalls mit Heroin oder Opium zu handeln, obwohl die Machtposition des Opiumhändlers gegenüber den Käufern bedeutend größer ist als bei den Cannabishändlern.

Zu einer effektiven Bekämpfung des Drogenproblems gehört nach in den Niederlanden herrschender Meinung, daß die Kontrolle des Rauschmittelverkehrs sich primär auf die "harten" Drogen konzentriert. Voraussetzung hierfür ist eine Differenzierung zwischen Cannabishändlern und Personen, die mit absolut gefährlichen Stoffen illegal handeln. Die Differenzierung muß in unterschiedlichen Strafandrohungen im Opiumgesetz sehr deutlich zum Ausdruck kommen. Es war eines der Hauptanliegen der Neufassung des Opiumgesetzes in den Niederlanden, den Handel mit Cannabisprodukten so weit wie möglich von dem Handel mit anderen Drogen zu trennen, so daß man auch unterschiedliche Strafmaßnahmen einführen konnte. Damit meinte man, auf die Händler Einfluß ausüben und bis zu einem gewissen Prozentsatz dafür sorgen zu können, daß sie nicht mit Cannabisprodukten und "harten" Drogen zugleich handeln.

Bei der Verfolgung von Cannabishändlern will man in den Niederlanden stets die Gesamtsituation auf dem Drogenmarkt berücksichtigen, damit einer Verschiebung von Haschisch zum Opium- und Heroingebrauch vorgebeugt werden kann. Eine solche Verschiebung würde ausschließlich der Unterwelt zugute kommen, die dann höheren Gewinn buchen, mehr investieren, ihre Position ausbauen und sichern könnte, diese verstärkte Position aber auch mit Gewalt zu verteidigen trachten würde. Um dies zu verhindern, ist es erforderlich, das relativ risikoarme Haschisch nicht zugunsten der "harten" Drogen vom Markt zu verdrängen." (6.)

Zu Fixern gemacht

Die Paragraphen 28 und 29 der Vorlage der Bundesregierung sehen erhebliche Strafverschärfungen vor. Auch der Haschischraucher kann nach § 28 weiter bis zu drei Jahren in der Haftanstalt landen. Aus der Praxis sind viele Fälle bekannt, die durch solche "abschreckenden" Maßnahmen zu Fixern gemacht wurden. Der Absatz 5 läßt eine Möglichkeit offen, die Strafe auszusetzen. Er geht davon aus, daß Drogentäter sich im "Alleingang" versorgen. Das gehört zu Fixer-Gewohnheiten, fast nie zu Haschischrauchern. Sie werden für ihre Gewohnheiten, sich gegenseitig "geringe Mengen" mitzubringen, wiederum im Gefängnis landen. Es ist zu befürchten, daß kleinere gemeinsame Beschaffungsdelikte von Jugendlichen unter den § 29 geraten und mit Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren geahndet werden.

Die Stellungnahme des Bundesrates zum oben zitierten Gesetzesentwurf (7.) fordert weitere Verschärfungen und stellt damit den Minimalansatz der Forderung "Therapie statt Strafe" noch weiter infrage.

Ebenso ist der Antrag der CDU/CSU-Fraktionen zur Bekämpfung der Rauschmittelsucht (8.) von weiterer Verschärfung und Anpassung gekennzeichnet. Im Bereich der notwendigen Maßnahmen wird vorgeschlagen, die Jugendlichen vermehrt in Familie, Schule, Ausbildung und Vereinen anzupassen. Als Vorbeugung wird die Aufklärung und Abschreckung vorgeschlagen, die als Maßnahme schon seit Jahren als gescheitert angesehen werden muß. Gefordert werden verschärfte Unterbringungsgesetze, Verstärkung des Polizeiapparates, Überprüfung von Freizeiteinrichtungen der Jugendlichen und verschärfte Abschirmung in den Vollzugsanstalten (Drogenknäste).

Ursachen

Drogenmißbrauch und -abhängigkeit sind Ausdruck der Widersprüche in unserer Gesellschaft. *Auf allen Ebenen hat der Mißbrauch von Betäubungsmitteln zugenommen. Daß Alkoholmißbrauch und Tablettenabhängigkeit in weit stärkerem Maße ansteigen als der Gebrauch der illegalen Drogen*, erfährt die Öffentlichkeit kaum, da Zahlen darüber fast nur in Fachzeitschriften veröffentlicht werden. Die jungen Menschen beobachten diesen Trend an den sie umgebenden Erwachsenen jedoch kritisch und reagieren mit Trotz, vermehrter Einnahme und Beschaffung illegaler Drogen. Sie kennen den Unterschied zwischen Haschisch und Heroin sehr genau und erleben die Gleichmachung als eine Ungerechtigkeit, die

sie veranlaßt, über diesen Staat verdrossen zu sein.

Frei praktizierende Ärzte verschreiben oft leichtsinnig abhängig machende stimulierende Arzneimittel und unterstützen den Trend des Drogenkonsums nicht unerheblich. Die pharmazeutische Industrie verschleiert bei einschlägigen Mitteln oft jahrelang die suchterzeugende Wirkung.

Für alkoholische Getränke wird in suggestiver Weise geworben. Im Gaststättengewerbe gibt es keine nennenswerten alkoholfreien Angebote, die für junge Menschen erschwinglich und attraktiv sind. An vielen Arbeitsplätzen gehört der Konsum von großen Alkoholmengen zum Wohlverhalten.

Allerdings: Abhängige von Alkohol und Nikotin werden toleriert, auch als Kranke behandelt. Abhängige von verbotenen Drogen dagegen werden vorrangig als Kriminelle und nicht als Süchtige angesehen.

Der steigende Drogenmißbrauch von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der BRD ist eine pathologische Verweigerung unserer Werte, eine Absage an die Kirchen, ein Ausdruck der Staatsverdrossenheit und Perspektivlosigkeit, eine Antwort auf unser eigenes Konsumverhalten, eine Ablehnung unserer Konsumgesellschaft.

Jugendliche, die drogenabhängig sind, weisen in ihrer Entwicklungsgeschichte Defizite auf; sie überdecken mit dem Glücksgefühl durch die Droge ihre Defizite an Vertrauens- und Liebesfähigkeit, ihre Defizite an Perspektive zu Lebensreife, ihre Defizite an Zukunftschancen und echten Vorbildern. Sie kompensieren, indem sie sich solidarisieren mit ihren Erfahrungen über Verfolgung, Ablehnung und Unverständnis. Sie suchen im Drogenrausch ihre religiösen Bedürfnisse zu befriedigen. Sie suchen Erfahrungen mit dem Universum, mit der Natur und mit Gott. Sie hoffen, im Drogenrausch zu finden, was sie an Glück und Sinn bei ihren erwachsenen Vorbildern vergeblich suchen. Dabei sehen sie "auf gar keinen Fall die Kirche als den Raum an, in dem ihre religiösen Bedürfnisse befriedigt werden können". (9.)

Verunsicherung als Chance nutzen

Am 8. Januar 1980 hatte Ministerpräsident Johannes Rau zu einer eilig vorbereiteten internen Drogenkonferenz eingeladen. Er wollte aus allen Ministerien und *auch aus der Praxis* Informationen, Anregungen, Erfahrungen aufgreifen.

In seiner Zusammenfassung der Ergebnisse heißt es:
"Die entscheidende Frage ist die, ob und wie wir den Zustrom junger Menschen zum illegalen Drogenmarkt stoppen können. Alle Verantwortlichen müssen sich deutlich machen, daß der Schritt in die Drogenabhängigkeit aus einer Konfliktsituation meist junger Menschen kommt. Wir müssen darüber reden, ob jungen Menschen ihr Leben zu perspektivlos, zu leistungs-, zu besitz-, zu konsumorientiert erscheint, zu sehr als ein Raum, in dem die Familie, die Schule, die Kirchen ihre Funktion, ihren Sinn verloren haben und in dem es an Leitbildern fehlt. Wir müssen uns fragen: Gibt es nicht etwas, was man emotionale Verarmung und soziale Verödung nennen könnte? Ist nicht der Weg zur Droge Ersatzbefriedigung? ... Die Hilfe für den Drogenabhängigen muß vor dem Strafanspruch stehen. Wir werden aber unbarmherzig die bekämpfen, die durch den Handel mit Rauschgift das große Geld verdienen wollen." (10.)

Im Gegensatz hierzu steht der Bau von "Drogenknästen" in Bayern, Berlin und Bremen. Bei Insassen von "Drogenknästen" handelt es sich nicht um die großen Dealer, sondern um Abhängige. (Warum sollte sonst das Schmuggeln von Drogen eine Rolle spielen!)

Voraussetzung für Lernprozesse, die Lebensperspektiven und Eigenverantwortlichkeit als Ziele haben, können keine Haftanstalten sein, die Kontakt mit der Außenwelt nur durch Trennscheiben zulassen, die Inhaftierte durch ein ständiges Videokontrollsystem überwachen. (11.) Auch Haschhunde "mit scharfen Zähnen" (Zeitungsnotiz) können Perspektivlosigkeit und Staatsverdrossenheit nicht abbauen.

Verstärkte Polizeitätigkeit gegen die nichtsüchtigen Händler, Abschneiden der illegalen Zuflußquellen muß eine Maßnahme sein. Verstärktes und differenziertes Therapieangebot für Abhängige, Abbau der Diskriminierung, Entspannung der Emotionen eine weitere.

Aufklärung ist dann sinnvoll, wenn sie auf gesicherte Unterscheidungen zwischen den verbotenen Drogen Haschisch und Heroin zurückgreift und gleichzeitig andere bzw. bessere Lebensperspektiven, -qualitäten erarbeitet und ermöglicht. Abschreckung wird dieses Ziel verfehlen.

Der steigende Drogenkonsum ist nicht wegzubestrafen. Wir müssen andere Wege suchen, Alternativen entwickeln zu der augenblicklichen Bildungspolitik, zu Programmen, die "von oben nach unten verabreicht" werden und die Betroffenen zum Objekt gemacht haben. Ihre Verweigerung fordert uns heraus, ihre Fragen aufzunehmen, mit ihnen gemeinsam zu

handeln und neue Ziele zu entdecken. Ihr Recht auf Selbstbestimmung, auf verantwortliches Handeln für sich und andere steht gegen die heutige Drogenpolitik als Teil der Jugendpolitik in Bildungs- und Erziehungsprogrammen. Sie beinhalten eine "unverhüllte Abwertung der Jugend", in der "Herrschaft" älterer über jüngere Menschen als "objektive Gegebenheit" angenommen wird. Sie zementieren die Trennung der Generationen mit ihren unheilvollen Auswirkungen bis hin zu Berührungsängsten und Sprachlosigkeit. (12.)

Auch die Kirchen müssen endlich die Herausforderung annehmen und ihr ständiges Bestreben aufgeben, "jedes persönlich geprägte religiöse Bedürfnis" "auf traditionellen Ausdruck" hin zu stilisieren, denn damit wird alles Religiöse stilisiert zur bloßen Reproduktion von traditionellen Glaubens- und Bekenntnisformeln. Die Kirchen müssen lernen, den jugendlichen Erfahrungsdrang als "das Neue, das Ungewöhnliche, das nicht Normierte" anzunehmen, statt es "ins Verbotene abzudrängen und zu verteufeln". (13.)

Langfristige Änderungen können wir nur in einem Umdenkungsprozeß erwarten, den alle Beteiligten miteinander anstreben.

Anmerkungen:

1. Resolution der DPWV-Bundesfachtagung vom 9.-11.5.1978 in Stuttgart.
2. Anne Crummenerl: Wer im Knast sitzt, stiehlt nicht mehr, in: Sozialmagazin, März 1979
3. Polizeiaktion vom 23. April 1979 im Beratungszentrum für suchtgefährdete Jugendliche des Diak. Werkes, Weberstr. 104, Bonn
4. Bundesfinanzminister Matthöfer: Die Rauschgiftbekämpfung ist eine nationale Aufgabe, in: Wochenzeitung Vorwärts 3/1980
5. Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 9.1.1980 Drucksache 8/3551, Sachgebiet 2121
6. Dr. Irene Sagel-Grande, Die Neufassung des Opiumgesetzes in den Niederlanden - darin zitiert: Memorie van toelichting. Tweede Kamer der Staten Generaal 13 407 Nr. 3.1.1.
7. Stellungnahme des Bundesrates vom 9.1.1980 Drucksache 8/3363, Anlage 2

8. Antrag aus den Fraktionen CDU/CSU: Bekämpfung der Rauschmittelsucht; Drucksache 8/3363 vom 14.11.1979, Sachgebiet 212
9. Paul Schulz, Drogenscene, Ursachen und Folgen, Frankfurt a. M. 1974
10. Johannes Rau: Keiner darf sich drücken, in: Sozialdemokratischer Pressedienst 7 / 10.1.1980
11. Werner Leschhorn u. a., Sozialtherapeutische Abteilung für Drogenabhängige der Jugendstrafanstalt Plötzensee, Juli 1978 / Mai 1979 - Drucksache, dazu: Drogenhilfe Berlin e. V. u. a., Erklärung zur Einrichtung von Drogenknästen, Berlin 1979 - Drucksache
12. Heinrich Kupffer: Die Jugendkrise als Krise des pädagogischen Denkens, in: Deutsche Jugend, Heft 8/1972
13. Friedel Geisler: Verweigerung durch Drogen, Berlin, Sept. 1979.

Arbeitsgemeinschaft Solidarische Kirche Westfalen

PROTEST GEGEN DIE STATIONIERUNG ATOMARER MITTELSTRECKENRAKETEN AUF DEM BODEN DER BUNDESREPUBLIK

Vorbemerkung der Redaktion:

In Heft 4/1978 dieser Zeitschrift haben wir die Leitsätze der im September 1978 gegründeten Arbeitsgemeinschaft Solidarische Kirche Westfalen abgedruckt. Der Leitungskreis der Arbeitsgemeinschaft hat im Dezember 1979 einen Aufruf zum Protest gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen veröffentlicht und diesen nach der militärischen Intervention der UdSSR in Afghanistan durch eine weitere Stellungnahme ergänzt.

Nachstehend drucken wir beide Erklärungen ab.

Die Arbeitsgemeinschaft Solidarische Kirche Westfalen ruft auf zum Protest gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik. Sie erklärt:

Wir protestieren dagegen, daß die sowjetische Ankündigung einer begrenzten Truppenreduzierung auf dem Gebiet der DDR von der Seite der NATO mit einem Beschluß zur Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik beantwortet wird. Wir setzen dem folgende Argumente entgegen:

1. Für das Klima der Entspannung ist jede noch so begrenzte einseitige Vorleistung von hohem Wert. Der Fortgang der Entspannung ist ernstlich gefährdet, wenn die sowjetische Vorleistung von der Seite der NATO nicht nur ohne Gegenleistung bleibt, sondern mit einem Beschluß zur "Nachrüstung" erwidert wird.
2. Auch wer kein Experte ist, kann erkennen, daß ein Beschluß, atomare Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu stationieren, die auf die Sowjetunion gerichtet sind, das atomare Abschreckungs- und Bedrohungspotential aus sowjetischer Sicht in einer dramatischen Weise verändert. Es handelt sich um eine genaue Parallele zu den Vorgängen, die zur Kubakrise führten: Damals wurde der sowjetische Versuch, auf Kuba Raketen zu stationieren, von den USA mit der Drohung militärischer Intervention beantwortet.
3. In dieser Situation erscheint uns die Absicht, den NATO-Beschluß zur Nachrüstung als "Verhandlungsmasse" in nachfolgende Abrüstungsverhandlungen einzubringen, als ein allzu gefährliches Taktieren. Wir halten die Erwartung, es könne auf diesem Wege eine tatsächliche Stationierung dieser Waffen in der Bundesrepublik vermieden werden, für unrealistisch.
4. Bei einer Stationierung solcher das westliche Rußland bedrohenden Waffen gerade auf deutschem Boden aber muß man in der UdSSR katastrophale psychologische Folgen befürchten.
5. Wir erinnern an den Protest Gustav Heinemanns gegen die Deutschlandpolitik Konrad Adenauers, der glaubte, mit der Sowjetunion aus einer Position noch größerer Stärke erfolgreicher verhandeln zu können und deshalb 1952 das sowjetische Angebot freier Wahlen in ganz Deutschland ausschlug. Die folgenden Jahre haben erwiesen, daß die Politik wachsender Stärke keinerlei Verhandlungserfolge zu erzielen vermochte, sondern entgegen ihrer ursprünglichen Absicht die Teilung Deutschlands nur verschärft hat.

wir appellieren deshalb dringlich an die Bundesregierung, eine Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen auf dem Territorium der Bundesrepublik in jedem Falle zu verhindern und dadurch eine glaubwürdige Fortsetzung der Entspannungspolitik zu sichern.

Bielefeld, den 9.12.1979

Der Leitungskreis der Arbeitsgemeinschaft

Angesichts der militärischen Intervention der UdSSR in Afghanistan Weihnachten 1979 haben wir unserem Protest noch folgendes hinzuzufügen:

1. Die sowjetische Invasion in Afghanistan hat eine weltweite Krise ausgelöst. Mit Recht ist sie in der Vollversammlung der UN von den Ländern der 3. Welt fast einhellig verurteilt worden.
2. Die Krise zeigt in beklemmender Weise, wie weit die bedrohliche Konfrontation zwischen den Großmächten trotz aller Abrüstungsverhandlungen fortgeschritten ist. Es ist offenkundig, wie leicht von *beiden* Seiten aus um eines strategischen oder wirtschaftlichen Machtgewinns willen die in langen Jahren mühsam gewonnenen Erträge der Entspannung zerstört werden können.
3. Erschreckend ist dabei für uns die Bereitschaft mancher Massenmedien und politischen Gruppierungen in der Bundesrepublik, die Krise weiter zu eskalieren und Kriegsangst und Aggressionen zu schüren. Sie unterwerfen dadurch Politiker gefährlichen Handlungszwängen. Dringend nötig wäre es jetzt, zu besonnener, kritischer Beurteilung der Vorgänge anzuleiten. Statt dessen wird angesichts des beiderseits aufgehäuften Vernichtungspotentials ein wahnwitziges Spiel getrieben.
4. Es gibt in Wahrheit nur *eine* nüchterne Konsequenz der jüngsten Ereignisse: Die Forderung einer umfassenden Abrüstung in Ost und West umso nachdrücklicher zu erheben und sich jeder, aber auch jeder Art konfliktverschärfender Propaganda zu widersetzen.

Der Leitungskreis der Arbeitsgemeinschaft

BUCHBESPRECHUNGEN

Wilhelmine Siefkes: Erinnerungen. Verlag Schuster, Leer, 1979. 221 Seiten.

Die niederdeutsche Schriftstellerin Wilhelmine Siefkes, die

im Januar 1980 ihren 90. Geburtstag feierte, hat in diesem dankenswerten Buch ihr persönliches Erleben vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse des Kaiserreichs, der Weimarer Republik, der Nazi-Diktatur und der Bundesrepublik aufgezeichnet.

Mit treffenden Sätzen charakterisiert die Verfasserin, 1890 in einer Bauernfamilie in Leer geboren, die autoritäre schulische Erziehung im Kaiserreich: "Für uns verstand es sich von selbst, daß wir zu gehorchen hatten, ob wir nun innerlich zustimmten oder nicht. ... Auch Fragen zu stellen war einzig die Sache des Lehrers. Wann hätte ich gewagt, einen Lehrer etwas zu fragen!" (23). Dieser Erziehung zu politischer Unmündigkeit im öffentlichen Bereich korrespondiert im privaten Bereich die Erfahrung persönlicher Wärme und einer schlichten Frömmigkeit: "Es war eine Atmosphäre selbstverständlichen Einanderhelfens, des Verpflichtetseins dem anderen gegenüber, des Gottvertrauens ohne viel salbungsvolles Gewese, der schlichten Frömmigkeit, die ohne Tat nicht denkbar war" (37).

Nach dem Besuch der höheren Töchterschule kann Wilhelmine Siefkes ihren Wunsch durchsetzen, sich in drei Seminarjahren zur Lehrerin auszubilden. Als Lehrerin an einer kleinen ostfriesischen Dorfschule ist sie dann darauf angewiesen, sich mit ihren Schülern und deren Eltern in deren plattdeutscher Sprache zu verständigen. Hier entdeckt sie, "wie schön diese Sprache war, wie kraftvoll und bildhaft, und daß es eine Schande wäre, wenn sie dem Hochdeutschen einfach weichen müßte" (44). Diese Neigung und damit der Beginn ihrer schriftstellerischen Tätigkeit wird in der Weimarer Republik durch die aufblühende niederdeutsche Heimatbewegung kräftig gefördert.

Auch in politischer Hinsicht wird ihr Leben durch das Ende des Kaiserreichs gründlich verändert. Als Lehrerin in Leer lernt sie, die bisher nur die Lebenslage wohlversorgter Bauern und Ackerbürger kannte, nun die Lebensbedingungen von Arbeitern und Arbeiterkindern und die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung kennen. Sie engagiert sich in der Arbeiterwohlfahrt und wird Mitglied der SPD. "Mein religiöses Pflichtgefühl führte mich denen zu, die man von jeher als gottlos gebrandmarkt hatte" (65). Zur gleichen

Zeit begegnet sie in der Person von Adolf Grimme dem religiösen Sozialismus und seiner Parole: "Ein Sozialist kann Christ sein, aber ein Christ muß Sozialist sein" (67).

Die Verfasserin berichtet über eine Vielzahl politischer und pädagogischer Aktivitäten, an denen sie in diesen Jahren teilnahm, so über ihre Mitarbeit am republikanischen "Volksboten", einer sozialdemokratischen Wochenzeitung für Ostfriesland. Sie erlebt die Sozialdemokratie als eine Bewegung von Menschen, "die die Hoffnungslosigkeit abgestreift hatten, weil sie sahen, daß Neues sich anbahnte" (84).

Diese Hoffnungen und die Arbeit an einer neuen Gesellschaft werden durch das Aufkommen der Nazis zerstört. Auch in ihrer kleinen Stadt Leer erlebt die Verfasserin die Nazifizierung des Mittelstandes. Über die Reichstagswahlen vom 5. März 1933 schreibt sie: "Eine Mehrzahl der Deutschen entschied sich für den politischen Umsturz. Ob ahnungslos, ob leichtsinnig oder ob absichtsvoll: Schuldig wurden sie alle in dem Augenblick, als sie ihre Stimme dem 'Führer' gaben" (94).

Wilhelmine Siefkes wird aus dem Schuldienst entlassen, nachdem sie sich geweigert hat, eine von ihrem Schulleiter aufgesetzte Ergebenheitserklärung an Hitler zu unterzeichnen - "aus Gründen der Religion und des Gewissens", wie sie dem Schulrat zu Protokoll gibt (100). Es folgen wiederholte Haussuchungen, Verhaftungen von Freunden. "Die Angst nistete sich bei mir ein; ich bin sie zwölf Jahre lang nicht losgeworden" (105). Erschütternd ist der Bericht über den Freund und Genossen Hermann Tempel, Schriftleiter des "Volksboten" und Reichstagsabgeordneter der SPD, der bei Nacht und Nebel über die Grenze nach Holland fliehen muß. 1940 wird er dort von den Nazis verhaftet; nach Gefängnisjahren ist er ein zerbrochener Mann. "Wir haben es alle erfahren, was es heißt, vogelfrei zu sein" (109). Welche Tapferkeit erforderte es allein, 12 Jahre lang den Hitlergruß zu verweigern, den Fahnengruß zu vermeiden und immer wieder die Verbindungen zu gefangenen und verfemten Freunden zu suchen.

Aus dem Schuldienst entlassen und mit Veröffentlichungsverbot belegt, findet Wilhelmine Siefkes eine unbezahlte Teilzeitarbeit bei den Ostfriesischen Blindenwerkstätten. Sie findet auch die Zeit, ihrem Wunsch zu schreiben nachzukommen. Von Freunden angeregt, reicht sie ihr Roman-Manuskript "Keerlke" unter einem Pseudonym zu einem Preisausschreiben für plattdeutsche Romane ein. Ihr Roman wird ausgezeichnet und darf nach Überwindung von Widerständen zu Anfang des Krieges sogar gedruckt werden.

Nach Kriegsende wird Wilhelmine Siefkes, laut amtsärztlicher Untersuchung "körperlich und nervlich unfähig für einen Wiedereintritt in den Schuldienst" (181), in den Ruhestand versetzt. Sie widmet sich verstärkt ihrer schriftstellerischen Tätigkeit, und sie wirkt mit bei der schwierigen Wiederanbahnung kultureller Beziehungen zu den Niederlanden. Die glaubwürdige Gegnerin der Nazis kann dazu beitragen, Abneigung und Haß gegen die Deutschen zu überwinden; ihre Bücher werden ins Westfriesische übersetzt.

Wilhelmine Siefkes hat mit ihren Erinnerungen ein zeitgeschichtliches Dokument von großer Bedeutung geschrieben. Wie wichtig ist es doch, daß die Hoffnungen und die Kämpfe der Alten als lebendiges Erbe an die jüngeren Generationen weitergegeben werden. Dieses Erinnerungsbuch leistet dazu einen bedeutenden Beitrag.

Siegfried Katterle

Hans-Jürgen Goertz (Hg.): Radikale Reformatoren. 21 biographische Skizzen von Thomas Müntzer bis Paracelsus. München. Verlag C. H. Beck 1978 (Becksche Schwarze Reihe 183), 263 Seiten.

Mit dieser Herausgabe dieser Sammlung hat H.-G. Goertz sich ein weiteres Verdienst um die Erforschung der "radikalen Reformation" erworben. Sie ist ein Lese- und Lernbuch für alle, die sich weder mit den Klischees unserer kirchengeschichtlichen Kompendien noch mit der überlieferten Difizierung jener zufriedengeben, die den mißlie-

bigen Begleitern der "klassischen" Reformatoren bislang zuteil geworden ist. "Radikal" meint hier nicht nur die Versuche, die begonnene Reformation gegen das gesellschaftlich Zulässige konsequenter weiterzuführen, sondern auch die stets übersehene Tiefendimension, die biblische Wurzelhaftigkeit jener Gruppen.

Was hier nach einer ausgezeichneten Ein- und Übersicht vermittelnden Einleitung des Herausgebers von 21 Beiträgen in internationaler Besetzung - unvermeidlich mit einem qualitativen Gefälle - zusammengebracht worden ist, kann als ein Musterbeispiel für eine allgemein lesbare Geschichte der "Abweichler" vom sakrosankten Weg der offiziellen Reformation des 16. Jahrhunderts gelten. Nicht zuletzt könnten hier die längst einem eigenen und langweiligen Traditionalismus verfallenen "Freikirchen" ihre Quellen etwas gründlicher entdecken. Wer weiß denn schon mehr als die Namen von Hans Hut, Pilgram Marpeck, Jakob Huter u. a.?

Diese Galerie der "Abtrünnigen" könnte aber auch den Schulhistorikern eine Aufhellung und Entmythologisierung der heterogenen Reformationsbewegungen bedeuten, damit es nicht länger dabei bleibt, daß - nach B. Brecht - die einen im undurchsichtigen Schatten gehen, während die anderen sich im Glanz ihres Sieges sonnen. Dabei wird zugleich offenbar, daß es bei den etablierten Kirchen nicht weniger "Ketzerei" gegeben hat als bei den verdammten "Sektierern" biblischen Wahrheitsgehalt. (Es sei nicht verschwiegen, wie schwer die tatsächlichen Schwärmer es damals beiden Seiten gemacht haben.) - Also ein Kompendium der Kirchengeschichte "von unten", die wie eine Ergänzung und Aktualisierung der Ketzerhistorie von Gottfried Arnold erscheint.

Der Spannungsbogen bei den ungeliebten Gestalten im Gärungsprozeß jener Zeit reicht von der radikalen Besinnung auf die Schrift, von der prophetischen Rede an die "Obrigkeit", der Beteiligung an Aufstand und Revolution bis zu ernsthaften Versuchen, die Sache des Bergpredigers bis in den wirtschaftlichen Bereich hineinwirken zu lassen (z. B. Jakob Huter und die Gütergemeinschaftler). Es ging eben - so Hans Hut - um die "Bekehrung des gesamten Fleisches". (Selbst die Eschatologischen und sogar die Chiliasten unter ihnen könnten noch ein ausgestreckter Finger sein, der auf das vergessene Ziel der Geschichte der Kirche weist.)

Was in diesen Skizzen über Eid und Taufe, Gewalt und Frieden, das Laienpriestertum und eine brüderliche Ge-

meindeordnung bezeugt wird, wirkt angesichts mancher ethischer Korrekturen in den heutigen Großkirchen wie eine reichlich verspätete Rechtfertigung ihrer Kritiker von ehemals. Man fälscht nicht, wenn man sie die Avantgarde der "Religiösen Sozialisten" nennen wollte.

Ja, sie waren "Utopisten", so wahr in der Geschichte keine Utopie einer kranken Phantasie, vielmehr einer Notwendigkeit der Einsicht in das Uneingelöste in den gesellschaftlichen Verhältnissen entsprungen ist. Träumer waren die Anfänger einer gesamt-gesellschaftlichen Veränderung; Hoffnung und Prozeß sind in ihrer Summe Realität (Ernst Bloch).

Im übrigen sollte nicht übersehen werden, daß die horriblen Verfolgungszeiten diese "Radikalen" zwischen Verrat und Verbrennung auszurotten drohten und sie nicht selten zum Extremismus und zu Exzessen trieben. Freilich darf das Buch nicht als "Sündenregister" für die Unduldsamen und religiösen Tyrannen mißverstanden werden - es erscheint glücklicherweise in einem Zeitabschnitt, in dem die großen Kirchen Freiheit zur Toleranz gewonnen und darüber hinaus Gemeinschaft mit denen gefunden haben, die unter dem härteren Kreuz gestanden und nun gemeinsam bekennen dürfen: daß Einer starb, um die Zerstreuten zusammenzubringen.

Johannes Harder

Eduard Hegel, Robert Stupperich, Bernhard Brillling:
Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Provinz Westfalen, Verlag Aschendorf Münster 1978, VIII u. 143 Seiten

Die Geschichte der beiden großen Kirchen und des Judentums in der Provinz Westfalen (von 1815 - 1945) auf dreimal 40 Seiten - das ist ein kleines Meisterstück kirchengeschichtlicher Darstellung.

Eduard Hegel gelingt eine höchst lesenswerte Studie über die Entwicklung der katholischen Kirchengebiete in Westfalen. Ausgehend von der geographischen Zersplitterung in verschiedene Kirchengebilde im westfälischen Raum (Zugehörigkeit zu Münster, Paderborn, Corvey, Mainz und Köln) und dem schweren Substanzverlust infolge der Säkularisation sowie den Problemen aus der Zeit der französischen Fremdherrschaft werden die Ansätze einer kirchlichen Neuorganisation auf der Grundlage der Bulle "De salute animarum" (1821) dargestellt. Die grundsätzliche Problematik des Verhältnisses Kirche - Staat (Preußen!) wird hervorgehoben. Die Bistümer Münster und Paderborn

bilden von nun an mit ihren Gebietsschwerpunkten die katholische Kirche in Westfalen. Unter den Leistungen der ersten Bischöfe haben die Wirkungen auf dem Gebiet der theologischen Ausbildung und der Schulfrage besonderes Gewicht. Die "eigenwillige und integralistische Politik" Droste-Vischerings (S. 13) wird im Streit um Hermes und den Hermesianismus auf die Probe gestellt. Mehr als der Hermesianismus zeitigte der Mischehenstreit seine Folgen in Westfalen. Und wieder ist es C. A. von Droste-Vischering, nun Erzbischof von Köln, der als persönlicher Gegner und Nachfolger des schwankenden Grafen Spiegel das Maß zum Überlaufen bringt. Verhaftung Droste-Vischerings (1837) und päpstlicher Protest gegen den "staatlichen Eingriff in die kirchliche Sakramentsverwaltung" (S. 16) werden zum Fanal einer "kirchlichen Freiheitsbewegung", die ihren Anlaß darin hatte, daß ein Erzbischof gegen die staatlich verordnete Mischehenpraxis Front machte. Die Reaktion auf die "Kurzschlußhandlung" des "Kölner Ereignisses" wird so zum Exempel des Widerstandes einer Kirche, die sich in ihrer Freiheit bedroht sah - ein Lehrbeispiel für mehr als ein Jahrhundert Kirchengeschichte weit über Westfalen hinaus!

Freilich, auch darin sind die Ereignisse zwischen 1830 und 1850 in Westfalen lehrreich, nämlich wie fragwürdig hochschulpolitische Machtansprüche der Kirche (von der Besetzung von Lehrstühlen bis zur Einsichtnahme in die Vorlesungsverzeichnisse) letztlich sind. 1848/50 bezeichnet die Wende zum Besseren: konfessionelle Selbstbesinnung, eine gut funktionierende Presse und ein blühendes Vereinswesen ("Piusvereine") als Vorstufe der politischen Organisation des Katholizismus im Zentrum sind die Hauptmerkmale dieser Phase der Konsolidierung. Der große Rückschlag durch den "Kulturkampf", ausgelöst durch die sogenannten Mai-Gesetze (1873), leitet das zweite 'Lehrstück' in Sachen Widerstand ein. Als drittes 'Lehrstück' darf dann der Kampf des "Löwen von Münster", C. A. Graf von Galen, gegen die Nazidiktatur gelten. Katholische Kirche in Westfalen stellt sich so, grob gesprochen, als eine kämpfende Kirche dar.

Wie nimmt sich dagegen die evangelische Kirche aus? Robert Stupperich stellt in einem sehr feinsinnig gegliederten Abriß die Geschichte dieser Kirche von der Einführung der Union bis zum Kirchenkampf im Dritten Reich dar. Alle wichtigen Daten und Fakten sind zusammengetragen. Die großen Namen haben ihren richtigen Ort: Die Superintendenten und Präses, die Aufklärungspastoren und die Erweckungsprediger, die Katechismusreformer und die Gesangbuchstrategen. Alles scheint um eine Nuance kleiner, provinzieller

als in der Schwesterkirche, trotz der beiden "Großen": Bodelschwingh und Stoecker, die in ihren Wirkungen weit über die Grenzen Westfalens hinausreichen. Diese Kirche erscheint als die privilegiertere; sie hatte nichts zu kämpfen (außer den Streitigkeiten um mehr lutherisches oder reformiertes Profil). Das große Blumhardtsche Thema, daß das Reich Gottes "herausgekämpft" werden müsse, daß Jesus in die Welt hinein will und daß Gottes Gerechtigkeit der Erde gilt, bleibt außer Sicht. So gesehen symbolisiert Bodelschwingh Größe und Grenze des westfälischen Protestantismus.

"Die ecclesia militans steht bei uns nur in der Dogmatik, wenn die Kirche gegen die Welt militieren will, ... verbietet man's." Dieser Satz von Stoecker (S. 72) beschreibt exakt die Lage der evangelischen Kirche - nicht nur in Westfalen! Man hätte kämpfen müssen, nicht gegen "die Welt", sondern mit der Arbeiterbewegung gegen die Strukturen der Beharrung ('Thron und Alter'). Rudolf Todt war auf dem richtigen Weg.

Der Abriß der Geschichte des Judentums von Bernhard Brilling liest sich geradezu spannend. Er bringt umfangreiches biographisches Material und eine Menge Zahlen und Fakten über Größe und Funktion der jüdischen Einzelgemeinden (1834 gab es ca. 160 Einzelgemeinden mit insgesamt 13000 Gläubigen) sowie der Landjudenschaften und Landrabbinat. Im Mittelpunkt steht das Ringen um eine funktionsfähige Repräsentanz der westfälischen Judentum, die nie recht gelang. Haupthindernis war das staatliche Desinteresse an der jüdischen Religion überhaupt (S. 113). Lediglich aus Ordnungsgründen wird eine Verfassung gewährt. Alle Privilegien, wie sie die christlichen Kirchen haben, entfallen (z. B. Anerkennung der Rabbiner als Beamte). Der Religionsunterricht lag in den Händen der Einzelgemeinden; das Elementarschulwesen wurde zunehmend von den Behörden geregelt. Die Beerdigungsbrüderschaften und die Wohltätigkeitsvereine spielten dagegen eine wichtige Rolle im Gemeindeleben. Als Jude ist man "konservativ bzw. liberal-bürgerlich und patriotisch" (S. 114), und man sympathisiert mit dem Berliner "Centralverein", der den Kampf gegen den Antisemitismus betreibt. Der 1897 begründete Zionismus findet keinen Anklang; man befürchtet im Falle einer Öffnung für den Zionismus Rückschläge im Kampf um die Gleichberechtigung. Bewegendes Thema über Jahrzehnte hinweg sind die Reformbemühungen liberaler Rabbiner, die jedoch nie durchschlagend waren. Das mühsam aufrecht erhaltene Leben des westfälischen Judentums in Gemeinden von niedrigerer Rechtsstellung bekommt 1938 (mit dem Gesetz über die

Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen) einen letzten Stoß. Mit der Einrichtung der "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" von 1939 ist das Schicksal der Juden besiegelt. Es folgen Deportation und Vernichtung - oder Flucht. Ein Einzelschicksal, reduziert auf eine Fußnote, das Bände spricht: Jeanette Wolff (1888-1976), Tochter des Lehrers Isaac Cohen, Mitglied der SPD seit 1905, Stadtverordnete in Bocholt 1919-1932, deportiert nach Riga, nach dem Krieg zurückgekehrt, Mitglied des Bundestages, Erlebnisbericht "Sadismus oder Wahnsinn" - ein jüdisches Schicksal in Westfalen!

Ein eigenes Kapitel widmet der Verfasser dem Kampf um die Gleichberechtigung. Unterschiedlicher Rechtsstatus in verschiedenen Landesteilen. Einschränkung der Freizügigkeit und der Gewerbefreiheit, Behinderung beim Grundstückserwerb, menschliche Degradierung sind die hervorstechenden Merkmale der Entwicklung seit den Anfängen in nach-napoleonischer Zeit. Auch nach 1840 bleibt die Benachteiligung des Judentums in einem Staat, der sich als christlicher Staat verstand, bestehen (Namensgesetzgebung, Wehrdienst). 1845 und 1847 folgen die Emanzipationsgesetze, aber die faktische Degradierung bleibt (Beamtenrecht!). Erst 1921 gab es den ersten Professor jüdischen Glaubens in Münster. Schlimmer als der administrative ist der latente (religiöse) Antisemitismus im Volk. Es gab religiösen Antisemitismus in beiden Konfessionen. Stoeckers Anhängerschaft im Siegerland wird besonders erwähnt. Es gab antijüdische Krawalle und - was genau so schlimm war - einen penetranten "Nadelstich-Antisemitismus" (S. 136). Alles drängt gleichsam auf den manifesten rassistischen Antisemitismus der Naziära hin. Die Darstellung von Brillling, die mit einem statistischen Teil schließt, ist frei von jedem Unterton, aber gerade in ihrer schlichten Sachlichkeit eine einzige Anklage - auch gegen die beiden großen christlichen Kirchen!

Heinz Röhr

BUNDESNACHRICHTEN

Bericht über die Tagung in Weißenburg vom 21. - 23.9.1979

Am Anfang stand die Einladung des Oberbürgermeisters von Weißenburg, Dr. Günter Zwanzig. Das über 500 Jahre alte gotische Rathaus mit seinen Tagungsräumen sollte uns zur Verfügung stehen. Zunächst hatten wir Bedenken wegen des Termins, denn für den September war schon eine Tagung

festgemacht, gemeinsam mit der Akademie Bad Boll. Zwei Tagungen so kurz nacheinander im süddeutschen Raum? Aber im Hinblick auf den vorausgehenden Kirchentag wollten wir es dann doch wagen. Durch Nürnberg hofften wir, im süddeutschen Raum bekannter zu werden: durch die Tagungen in Bad Boll und in Weißenburg wollten wir diese Kontakte verstärken.

Rechtzeitig zum Kirchentag war die Einladung und auch das Thesenpapier der Bochumer Gruppe fertig. Sehr erfreut waren wir, daß sowohl der Laurentius-Konvent als auch die Glockseeschule in Hannover ihre Mitarbeit zusagten. Anlässlich eines Besuches in Weißenburg stellte sich heraus, daß auch die Erziehungsgemeinschaft Antonius-Kinderheim der Dillinger Franziskanerinnen und der Missionsdienst für Christus in der Bayerischen Landeskirche e. V. einer Mitarbeit an dieser Tagung nicht abgeneigt waren.

Waren wir zunächst von 60 Teilnehmern ausgegangen, so erwies sich diese Annahme bald als falsch: obwohl wir die Platzzahl auf 85 erhöhen konnten, mußten wir manche Absage erteilen. Unter den Teilnehmern waren viele junge Menschen, die zum ersten Mal zu einer Tagung des Bundes gekommen waren. So führte die Tagung Vorkämpfer des Religiösen Sozialismus wie Dr. Eberhard Dieterich, Prof. Johannes Harder, Dr. Marie Hirsch, Else Martin und Maria Mertens in lebhaften Gesprächen mit jungen Menschen zusammen. Else Martin, unsere langjährige Bundessekretärin, beging auf der Tagung ihren 79. Geburtstag und wurde von den Teilnehmern herzlich gefeiert.

Die Tagung begann am Abend des 21. September mit einem gemeinsamen Essen. Danach folgte die Einführung in das Arbeitspapier zur Bildung sozialistischer Zellen durch Günter Ewald. Sie wurde mit einer Aussprache verbunden und mit Erwartungsäußerungen bezüglich der Tagung.

Am nächsten Morgen begannen wir um 9 Uhr mit einer biblischen Besinnung über die Lebensgemeinschaft der frühen Christen in der Jerusalemer Gemeinde. Danach führten uns die anwesenden Referenten in die Ziele und in das Alltagsleben ihrer Gemeinschaften ein. Schwester Brigitte von den Dillinger Franziskanerinnen erzählte von der Erziehungsgemeinschaft Antonius-Kinderheim. Der Orden hat in Weißenburg ein Haus angemietet, und dort leben eine Sozialarbeiterfamilie und eine Erzieherin zusammen mit einer Wohngruppe aus Mädchen und einer Wohngruppe aus Jungen. Für die Jugendlichen ist diese Wohngruppe Durchgangsstation aus der Heim-erziehung zu einem selbständigen Leben; in der Regel ler-

nen sie in dieser Zeit einen Beruf in Weißenburg.

Die Glockseeschule ist eine der ältesten Alternativschulen in der BRD. Sie umfaßt die Klassen 1 - 4. Angestrebt wird eine Selbstregulierung der Schüler. Claudia Landmann und Dieter Herman erzählten davon, wie sie als Lehrer diese Selbstregulierung der Schüler unterstützen und mit welchen Problemen sie dabei konfrontiert werden.

Pfarrer Wolfgang Kelm vom Laurentius-Konvent führte uns ein in das Leben auf dem Laurentiushof in Wethen. Seit 1975 lebt dort eine Gruppe von 10 Erwachsenen und 7 Kindern in den Gebäuden eines ehemaligen Bauernhofes im Dorf in Einkommensgemeinschaft. Dabei lebt die Gruppe nicht auf sich selbst bezogen, sondern bemüht sich, Beiträge für das gemeinsame Leben im Dorf Wethen zu leisten.

Aus Darmstadt stellte sich eine Gruppe religiöser Sozialisten vor, die sich auf dem Weg zu einer alternativen Gruppenbildung befinden.

Der Nachmittag gehörte der Arbeit in den Gruppen. Diese teilten sich auf nach den o. g. Schwerpunkten; hinzu kam eine Gruppe, die sich ausschließlich mit dem vorbereiteten Thesenpapier befaßte. Der Abend gehörte dem öffentlichen Vortrag, den Johannes Harder hielt unter dem Thema "Die religiös-soziale Frage in Geschichte und Gegenwart."

Der Sonntagmorgen ließ Zeit für den Besuch eines Gottesdienstes in Weißenburg. Ab 10,30 Uhr trafen wir uns wieder zur Plenumsitzung im Rathaus, um die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammenzutragen. Eine besondere Rolle spielte dabei die Frage danach, was der Bund der Religiösen Sozialisten zur Bildung sozialistischer Zellen beitragen könnte. Verbunden damit war die Frage nach dem Selbstverständnis des Bundes und seiner Mitglieder. Unsere vielgestaltige Tradition ermöglicht verschiedene Antworten; einig waren wir uns darüber, daß auch heute noch der Gegensatz zwischen den "Frommen" auf der einen Seite und den "Linken" auf der anderen Seite besteht und sich in sehr vielen Lebensbereichen bemerkbar macht. Von daher ergibt sich eine wichtige Aufgabe des Bundes: daran zu arbeiten, diesen Gegensatz zu überwinden. Daran zu arbeiten heißt für uns, mitzuhelfen, daß das Reich Gottes anfängt, sich zu verwirklichen, auch wenn es hier nicht vollendet werden wird. Die Frage, ob der Bund auch Diskussionsforum kritischer Gruppen sein wolle, wurde bejaht. Wir sehen darin eine wichtige Teilfunktion.

Die Beantwortung der ersten Frage ist noch schwieriger.

Viele Teilnehmer waren zu dieser Tagung gekommen, um nach Möglichkeiten zu suchen, ihr eigenes Leben zu verändern, Menschen oder Gruppen zu finden, mit denen sie verbindliche Gemeinschaft einüben möchten. Die Gruppe in Darmstadt schien am weitesten und möchte bald eine feste Gemeinschaft gründen. Viele einzelne erhoffen sich von den Bekanntschaften und den angeknüpften Kontakten zu den auf der Tagung vertretenen Initiativen neue Anregungen auf der Suche nach dem alternativen Leben in verbindlicher Gemeinschaft.

Eberhard Dieterich, der zusammen mit seinem Enkel nach Weißenburg gekommen war, schrieb uns nach der Tagung: "Die vielen jugendlichen Teilnehmer mit ihrer Bereitschaft zum Mitdenken und zum Engagement waren mir eine große Freude. Der Bund ist offenbar auf einem guten Wege, und die Arbeit der Tagungen beginnt Früchte zu tragen. Mein Enkel war hell begeistert von dem lebendigen geistigen Klima."

Jürgen Finern

Mitgliederversammlung und Jahrestagung 1980 in Bergisch Gladbach vom 5.-7.9.1980

Die diesjährige *Mitgliederversammlung* unseres Bundes findet in Verbindung mit der Jahrestagung am Nachmittag des 5.9.1980 in der Europäischen Akademie Haus Lerbach in Bergisch Gladbach statt. Die Mitgliederversammlung wird vor allem über den Entwurf einer neuen Bundessatzung entscheiden und die Neuwahl der Leitungsgruppe des Bundes vollziehen.

Die Jahrestagung des Bundes der Religiösen Sozialisten wird in Verbindung mit der Europäischen Akademie Haus Lerbach vom 5. - 7.9.1980 unter dem Thema "*Neuer Lebensstil und neue Ökonomie*" durchgeführt. Geplant sind Referate von Heinrich Albertz zum Thema "Zwischen Alternative und Anpassung" (angefragt) und von Gerhard Leminsky über "Veränderung der industriellen Arbeit durch Humanisierung der Arbeitsinhalte und Demokratisierung der Arbeitsorganisation (Mitbestimmung)". Arbeitsgruppen werden sich schwerpunktmäßig mit Fragen einer alternativen Ökonomie, eines alternativen Lebensstils und mit dem Zusammenhang alternativer Lebens- und Wirtschaftsformen zu Problemen der Dritten Welt beschäftigen.

Ost-West-Tagung des Bundes der Religiösen Sozialisten in Verbindung mit der Evangelischen Akademie Berlin

In Verbindung mit der Evangelischen Akademie Berlin führt unser Bund vom 29.9. - 3.10.1980 eine Tagung über die Entwicklung der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik durch. Geplant sind Referate über die Entwicklung der DDR und über die Entwicklung der Kirchen in der DDR im Vergleich zur BRD über Möglichkeiten und Aufgaben der Religiösen Sozialisten im Spannungsfeld der beiden deutschen Staaten. Besuche in Ostberlin werden u. a. Gespräche mit kirchlichen Institutionen und Gruppen ermöglichen.

Prozeß mit Heinrich Schleich durch Vergleich beendet

Der seit 1977 schwebende Rechtsstreit mit Herrn Schleich um die Rechtmäßigkeit der Mitgliederversammlung unseres Bundes am 18.5.1977 (siehe Bericht in C.u.S. 2/1977) sowie um die Eigentümerrechte an der Zeitschrift "Christ und Sozialist" ist nunmehr abgeschlossen. In erster Instanz hatte das Landgericht Frankfurt in allen Klagepunkten gegen Herrn Schleich entschieden (siehe Bericht in C.u.S. 3/1978). Herr Schleich ging in die Berufung. Um das langwierige Verfahren, das uns sehr belastet hat und das besonders die alten Mitglieder unseres Bundes bekümmert hat, endlich zu einem Abschluß zu bringen, hat das geschäftsführende Präsidium am 11.12.1979 vor dem Oberlandesgericht Frankfurt einen Vergleich geschlossen, dessen Inhalt im wesentlichen auf einen von uns gemachten Vorschlag zurückgeht. Der Vergleich hat den folgenden Inhalt:

1. Die Mitgliederversammlung unseres Bundes am 18.6.1977 ist rechtmäßig verlaufen, und das von dieser Mitgliederversammlung gewählte Präsidium wurde ordnungsmäßig gewählt. Damals wurde nicht, wie Herr Schleich behauptet hatte, ein neuer Verein gegründet; vielmehr hat unser Bund seine bisherige Tätigkeit rechtmäßig fortgesetzt.

2. Unsere "Gemeinschaft für Christentum und Sozialismus, Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V." ist Eigentümer der Zeitschrift "Christ und Sozialist" (mit rotem Umschlag und weißer Schrift) und wird diese Zeitschrift weiterhin herausgeben.

3. Herr Schleich kann bis zu seinem Lebensende ebenfalls eine Zeitschrift mit dem Namen "Christ und Sozialist" (mit gelbem Umschlag und schwarzer Schrift) herausgeben. Zwei Jahre nach seinem Tode erlischt auch für einen möglichen Rechtsnachfolger endgültig das Recht an dem Titel "Christ und Sozialist".

4. Herr Schleich wird anregen, daß der von ihm neu gegründete

Verein seinen Namen so ändert, daß eine Verwechslung mit unserem Bund ausgeschlossen ist.

5. Die Kosten der 1. Instanz trägt Herr Schleich, die Kosten der 2. Instanz werden gegeneinander aufgehoben.

LESERBRIEFE

Ich möchte trotz vieler lobenswerter Ansätze, die sich in der Zeitschrift finden, ein wenig Kritik üben. Meine Frage ist:

Wo bleibt die Aktualität der Beiträge? Was meinen Religiöse Sozialisten zu "Nachrüstung", Irankonflikt, Strauß als Kanzlerkandidat, Die Grünen, Parteitag der SPD (Atomenergieprogramm)

Für's neue Jahr wünsche ich der Zeitschrift, daß sie für aktuelle Themen die Augen viel weiter öffnet, viel mehr diskutiert und aneckt.

Ulrich Schmid, Bielefeld.

Gegen Ende des letzten Jahres wies mich ein Bekannter auf die Religiösen Sozialisten und auf ihre Zeitschrift hin, und ich gewann einen sehr positiven Eindruck von beiden, der so nachhaltig war, daß ich jetzt beabsichtige, aktiv bei den Religiösen Sozialisten mitzuarbeiten. Bei der Durchsicht einiger Exemplare von "Christ und Sozialist" bin ich allerdings auch auf Dinge gestoßen, die nicht meine ungeteilte Zustimmung finden. Dazu gehört der Aufsatz von S. Wehowsky über Paul Tillich in C. u. S. 3/79. Wurde in den Vorläufigen Leitsätzen (C. u. S. 1/77) die Pluralität der Cfs als Kritikpunkt angemerkt, so sehe ich hier die Gefahr, daß die Religiösen Sozialisten selbst dadurch, daß sie einen solchen Aufsatz unkommentiert in ihrer Zeitschrift abdrucken, eine solche Pluralität in ihren eigenen Reihen zulassen und fördern. Um meinem Umbehagen Ausdruck zu verleihen, will ich auf einige inhaltliche Gesichtspunkte des Aufsatzes kurz eingehen:

Um das Vorhaben zu legitimieren, theologische Aussagen mit dem Sozialismus zu konfrontieren, wird in dem Aufsatz eine "Theorie des Zweifels" referiert, derzufolge bereits im Zweifel selbst ein verborgener Sinn vorausgesetzt wird, der es allererst zum Zweifel kommen läßt, und der zur Rechtfertigung des Zweiflers führt. In meinen Augen liegt jedoch die Legitimität einer solchen Konfrontation viel tiefer, nämlich im Gegenstand der Theologie selbst begründet, der doch der Gott ist, der sich in dem Geschick seines Sohnes selbst in unüberbietbarer Weise seiner Göttlichkeit begeben hat und damit zugleich alles, was über Gott gesagt worden ist und gesagt wird, nachdrücklich in seiner Vorläufigkeit bezeichnet hat.

Etwas anderes kommt noch hinzu: indem die durch den Zweifel

indirekt vorauszusetzenden Größen "Sinn" und "Wahrheit" in dem Aufsatz ohne Aufhebens mit "Gott" in einem Atemzug genannt werden, wird die Wirklichkeit Gottes auf eine Weise in die vorhandene Weltwirklichkeit eingelagert, die ein neben der Offenbarung Gottes in Jesus Christus einherlaufendes Offenbarungsgeschehen voraussetzt und damit ersteres seiner Exklusivität beraubt. Dies widerspricht aber der Exklusivität, der der Christusoffenbarung von den Zeugen des Neuen Testaments zuerkannt worden ist.

Dieselbe Denkvoraussetzung liegt zugrunde, wenn hier die Reich-Gottes-Hoffnung mit der zu der "proletarischen Situation" gehörigen und von dieser selbst hervorgebrachten Hoffnung parallelisiert wird und darin sogar eine Bestätigung des "protestantischen Prinzips" gesehen wird.

Diese Andeutungen sollen genügen, um die Frage zu untermauern, die sich mir nach der Lektüre des Aufsatzes gestellt hat, ob es nämlich für die Sache des Religiösen Sozialismus nutzbringend ist, an der Theologie Paul Tillichs weiterhin als "Haustheologie" des Religiösen Sozialismus festzuhalten. Die Auseinandersetzung mit Tillich sollte dadurch natürlich in keiner Weise beeinträchtigt werden. Es scheint mir jedoch fraglich, ob es auf die Dauer von Gewinn ist, verschiedene, stark divergierende Theologien im Raum des religiösen Sozialismus unvermittelt nebeneinander stehenzulassen, weil sie in ihren Konsequenzen konvergieren.

Claus Clausen, Göttingen

Anmerkung der Redaktion: Es entspricht der Tradition des Religiösen Sozialismus, daß unterschiedliche religiöse Grundhaltungen und theologische Positionen im Rahmen des Bundes Anspruch auf Achtung und Toleranz erheben können. Wir denken deshalb nicht daran, die Tillichsche Theologie "als 'Haustheologie' des Religiösen Sozialismus festzuhalten"; es gibt unterschiedliche theologische Grundlagen, von denen her Religiöser Sozialismus reflektiert und praktiziert werden kann. - An den CFS haben wir nicht schlechthin ihre "Pluralität" kritisiert. Wir haben vielmehr gesagt, daß wir einigen Positionen, die innerhalb der CFS vertreten wurden, nicht zustimmen können, und wir haben insbesondere einen Mangel an neuen Leitgedanken für die Analyse und Gestaltung der politischen Situation in Westeuropa festgestellt.

Autoren dieses Heftes

Günter Ewald, Dr. rer. nat., ist Professor für Mathematik an der Universität Bochum

Jürgen Finner ist evangelischer Studentenpfarrer in Bielefeld

Friedel Geisler ist Pastorin und Sozialtherapeutin in Solingen

Helmut Gollwitzer, Dr. theol., ist Professor für Systematische Theologie an der Freien Universität Berlin

Johannes Harder lebt als emeritierter Professor für Sozialwissenschaft in Schlüchtern

Siegfried Katterle, Dr. rer. pol., ist Professor für Volkswirtschaftslehre (Wirtschaftspolitik) an der Universität Bielefeld

Heinz Röhr, Dr. theol., ist Professor für evangelische Theologie

(Kirchen- und Religionsgeschichte) an der Universität Frankfurt

